DAS BÜNDNIS

DER

STÄDTE ZÜRICH UND BERN

MIT DEM

MARKGRAFEN VON BADEN

VOM JAHRE 1612.

VON

KURT LESSING.

Am 29. August 1612 schlossen die Städte Zürich und Bern mit dem Markgrafen Georg Friedrich von Baden ein Verteidigungsbündnis auf zwölf Jahre. Allgemein glaubte man, in der Schweiz sowohl wie in Deutschland, es sei dies Bündnis der Anfang einer näheren Vereinigung der Evangelischen nördlich und südlich des Rheins, man glaubte ein Bündnis der Städte mit der Kampfesorganisation der deutschen Protestanten, der Union, nahe bevorstehend, wenn nicht schon in jenem inbegriffen.

Das Bündnis der Städte mit dem Markgrafen wuchs sich nicht zu einem Bündnisse der evangelischen Schweiz mit dem evangelischen Deutschland aus. Das Bündnis erlosch nach zwölf Jahren, ohne daß der casus foederis je eingetreten oder jedenfalls anerkannt worden wäre. So wäre es ein bedeutungsloses Ereignis in der Geschichte. In der Geschichte der Schweiz mit nichten. Es bedeutet einen Sieg, wenn auch keinen vollkommenen, Berns über Zürich, es bedeutet einen Systemwechsel in der Politik Zürichs, den Bruch mit der von Kappel herrührenden und sich auf Zwingli berufenden Tradition, es ist der Ausgangspunkt jener Politik Zürichs, zu deren Leiter sich bald Breitinger emporschwingt, und die zu Anfang der dreißiger Jahre ihren Höhepunkt erreicht.

* * *

Der Tod Heinrichs IV. und das Abschwenken der französischen Politik aus der Bahn, die er sie geleitet, wirkten auf die Lage in der Eidgenossenschaft ebenso, wie auf die allgemeine in Europa. Das Gleichgewicht, das Frankreich bisher zwischen den Religionsparteien erhalten hatte, war gestört. Wie sich dann Frankreich Spanien nähert, wie um die Mitte des Jahres 1611 der Plan der französisch-spanischen Heiraten in der Schweiz ruchbar wird,

wie der Ambassador für Graubünden, Paschal, sich von der bisher unterstützten venezianischen Partei abwendet, der Erneuerung des venezianischen Bündnisses, das für die evangelische Schweiz, wie für alle Stati liberi von großer Bedeutung war, entgegenarbeitet, die spanische Partei begünstigt, da glaubt man, Frankreich wolle sich der spanischen Politik in der Schweiz anschließen, glaubt sich — wie in Deutschland — am Vorabend des großen Vernichtungskrieges des nun geeinten Katholizismus gegen die Ketzerei.

* * *

Vergegenwärtigen wir uns die Lage der evangelischen Orte: Überall ist der Katholizismus angriffslustig geworden (im benachbarten Süddeutschland ist er schon zur Gewalttat geschritten), die katholischen Kantone beherrscht die gleiche Gesinnung. Die Beziehungen zu ihnen sind andauernd gespannt. Sie haben untereinander einen Bund geschlossen, der dem eidgenössischen vorgehen soll. Sie sind verbündet mit dem Bischof von Basel, sind (mit Ausnahme Solothurns) verbündet mit der Vormacht des aggressiven Katholizismus, mit Spanien, verbündet mit dem Erbfeinde Berns, mit Savoyen. Auf die Unterstützung des Papstes können sie jederzeit zählen, mit dem österreichischen Zweige des Hauses Habsburg sind die Beziehungen eng. Und jetzt scheint sich Frankreich diesen durch die gegenreformatorische Tendenz verbundenen Mächten anzuschließen (und wird damit auch Solothurn endgültig von Bern abziehen).

Dieser übermächtigen Gruppe stehen die evangelischen Orte allein gegenüber [1]), ja, sie entbehren sogar eines engeren Bünd-

---

[1]) Die Bündnisse von Zürich und Glarus und von Bern mit den evangelischen Bündnern waren in einem Kriege, in den Spanien eingriff, wertlos, da dieses durch Bedrohung des Veltlins ihre Kräfte festhalten konnte. Genf und Mülhausen bedurften eher der Hilfe, als daß sie solche gewähren konnten, Straßburg war nur zur Unterstützung mit Geld verpflichtet. Einzig auf die schwachen Kräfte der Städte St. Gallen, Biel, Neuenburg und Neuenstadt und Appenzell A.-Rh. konnte man rechnen. S. auch Oechsli, Orte und Zugewandte, S. 244 ff.

nisses unter sich, das, so wie der goldene Bund Freiburg und Solothurn, die nach ihren Bundesbriefen bei inneren Kriegen auch zum Stillsitzen verbunden waren, wenigstens Basel und Schaffhausen zur Hilfeleistung verpflichtet hätte [1]).

Zwang diese Lage nicht die Städte auch ihrerseits Anschluß zu suchen an das Ausland, zwang sie nicht das Gebot der Selbsterhaltung, sich der Gegenpartei zu nähern, England, der niederländischen Republik, Venedig und vor allem den Nächstgelegenen, den deutschen Protestanten, die, besonders Kurpfalz, schon oft die Hand zum Bunde geboten hatten?

Wirklich sehen wir, daß Zürich und Bern (Basel und Schaffhausen ziehen sich hinter das Verbot ihres Bundesbriefes zurück) das erste Bündnis, das ihnen nach der Umgestaltung der politischen Lage angetragen wird [2]), annehmen, das mit dem Markgrafen von Baden [3]).

* * *

Aber nicht so glatt verlaufen die Verhandlungen über das Bündnis, nicht so schnell führen sie zum Ziele, wie der Zwang der Lage, sollte man meinen, es forderte. Bern wünscht das Bündnis dringend, aber Zürich widerstrebt lange und hartnäckig. Ein volles Jahr ringt Bern mit Zürich, ringen in Zürich zwei Parteien, bis

---

[1]) Zürich hat ein solches Sonderbündnis oft genug vorgeschlagen. Die Gründe, die sein Zustandekommen verhinderten, harren noch der Untersuchung; eine solche würde uns einen tieferen Einblick in das Verhältnis der vier Städte zueinander gewähren, als wir ihn jetzt haben.

[2]) Der Bündnisantrag der Union vom Jahre 1610 wurde durch die Straßburger Abgesandten im März überbracht, die ablehnende Antwort im wesentlichen auf dem Tage vom 26. April 1610 (Abschiede V, 1., S. 982) beschlossen, also noch zu Lebzeiten Heinrichs IV. Das Antwortschreiben ist dann allerdings vom 26. August, also nach dem Gachnanghandel, datiert. Vergl. P. Schweizer. Neutralität, S. 211, Anm. 1.

[3]) Da Markgraf Georg Friedrich im tatsächlichen Besitze aller badischen Lande war, würde seine Bezeichnung als Markgraf von Baden-Durlach irreführen.

Bern siegt, bis in Zürich eine neue Partei das Steuer des Staatsschiffes in die Hand bekommt.

Das verschiedene Verhalten der beiden Städte zur Bündnisfrage ist begründet in der Verschiedenheit ihrer Politik in Art und Richtung.

Berns Politik wird aufs stärkste durch seinen Gegensatz zu Savoyen beherrscht. Dieses kann, nachdem es die ursprünglich politische Frage der Wiedergewinnung von Genf und der Waadt zu einer religiösen zu machen verstanden hat, in einem Kriege mit Bern auf die Bundeshilfe der katholischen Orte (mit Ausnahme Solothurns) und zum mindesten auf die Sympathien, wenn nicht den Beistand des Bischofs von Basel, des Papstes und Spaniens rechnen. Einer solchen Koalition ist Bern nicht gewachsen, auch dann nicht, als es endlich auf die Hilfe der drei andern evangelischen Städte rechnen kann. Bern ist gezwungen, sich durch ein Bündnis mit einem ausländischen Staat für den immer drohenden Krieg gegen Savoyen zu stärken.

Anders als die Zürichs, die wir noch kennen lernen werden, ist Berns Lage zum Auslande. Der Feindschaft mit einer auswärtigen Macht muß ein Bündnis mit einer anderen entsprechen. Die auswärtigen Beziehungen Berns sind lebhaft und es ist viel empfindlicher als Zürich für jeden Umschwung der europäischen Lage.

Frankreich war aus politischen Gründen der natürliche Verbündete Berns im Schutze Genfs, denn es hatte ein dauerndes Interesse daran, daß die für Handel und Strategie wichtige Stadt nicht in den Besitz Savoyens käme. So lange die Bündnistreue Frankreichs zweifellos war, war Bern befriedigt, hatte es kein weiteres Anlehnungsbedürfnis an das Ausland. Aber Berns Vertrauen zu Frankreich war gering. Es wußte, daß dieses nicht ungern selbst seine Hand auf Genf gelegt hätte. Wenn diese Gefahr auch in unserer Zeit zurücktrat, so komplizierte dafür die religiöse Frage das Verhältnis Frankreichs zu Genf so stark, daß sie die Zuverlässigkeit des Bündnisses gefährdete.

Frankreich verpflichtete sich zum Schutze der politischen und damit auch der religiösen Freiheit gerade der Stadt, die der

Ausgangsort seines eigenen rebellischen Hugenottentums war. Nirgends tritt der innere Widerspruch zwischen der äußeren protestantenfreundlichen und der inneren, mehr oder minder immer protestantenfeindlichen Politik Frankreichs so stark in Erscheinung wie hier. Sowie die antireformatorischen Tendenzen bei der Regierung Frankreichs überwiegen, sowie die Macht der Ligue hoch steht, wird die Gefahr dringend, daß es Frankreich geschehen läßt, wenn nicht selbst dazu hilft, daß Genf in die Gewalt des katholischen Savoyers kommt und so im allgemeinen katholischen, wie im besonderen katholischen Interesse Frankreichs unschädlich gemacht wird.

Bern mißtraut Frankreich und schaut von Anfang an mit einem Auge nach einem anderen zuverlässigeren und weniger gefährlichen Bundesgenossen aus: es ist den sich immer wiederholenden Bündniswerbungen von Kurpfalz, die sich teils an alle vier evangelischen Städte, teils nur an Zürich und Bern wenden, nicht abgeneigt und verhindert es zum mindesten, daß sie rundweg abgeschlagen werden, wie Zürich es wünscht. Die Antwort wird jedesmal so gegeben, daß die Pfalz, aber auch die Städte jederzeit wieder auf das Projekt zurückkommen können.

Wir können diese Politik ihrer Natur nach eine territoriale nennen [1]). Neben ihr ging eine konfessionellen Charakters einher, die des mehr oder minder latenten Gegensatzes gegen die katholischen Orte. In dieser, und zwar nur in dieser, hing Bern mit der Zürichs und der andern evangelischen Orte zusammen. Aber auch sie nahm für Bern eine territoriale Färbung an, da die fünf Orte die territorialen Gegner Berns, die sämtlich katholisch waren (Savoyen, Freiburg, der Bischof von Basel), aus konfessionellem Interesse unterstützten.

---

[1]) Auch der Schutz Genfs wurde Bern in erster Linie durch sein territoriales Interesse diktiert, denn Genf war der Schlüssel zur Waadt. Vielleicht spielte, als Bern der Reformation in Genf die Wege ebnete, sein territoriales Interesse dabei nicht die kleinste Rolle: es wollte Genf eine Wiederannäherung an Savoyen für die Zukunft unmöglich machen.

Anders die Politik Zürichs. Sein Territorium war umgeben von eidgenössischem Gebiet, sei es von den verbündeten Kantonen selbst, sei es von gemeinen Herrschaften. Einzig im Norden stieß es ans Ausland, hier aber bildete der Rhein eine natürliche und für damalige Verhältnisse starke Grenze [1]. Es besaß in Stein einen Brückenkopf, hatte aber nicht den Ehrgeiz, von dort aus weiter vorzudringen. Die kleinen Dynasten auf dem rechten Rheinufer waren weit davon entfernt, auf das Zürcher Gebiet begehrliche Blicke zu werfen, sie suchten mit der mächtigen Nachbarin auf gutem Fuße zu leben. So fehlte Begierde und Furcht, Voraussetzung und Triebfeder der auswärtigen Politik.

Eine gemeinsame eidgenössische auswärtige Politik gab es nicht, es gab keine besondere zürcherische Territorialpolitik, aber etwas drittes gab es, eine konfessionelle Politik. Eine Politik Zürichs als der evangelischen Stadt, als (was nicht völlig gleichzusetzen ist) des Vororts des evangelischen Teils der Eidgenossenschaft.

Bern hatte eine Politik, die aus den territorialen Fragen, und eine weitere, die aber mehr untergeordnet war, die aus dem konfessionellen Gegensatze herfloß. Zürich hatte einzig die des konfessionellen Gegensatzes. Die Verschiedenheit in der Politik mußte eine Verschiedenheit in den Anschauungen der leitenden Männer Berns und Zürichs bewirken.

Territoriale Fragen sind immer mehr oder weniger akut, die Politik bleibt ständig an der Arbeit, nur die Intensität der Mittel [2], mit denen sie geführt wird, wechselt. Sie bleibt an der Arbeit bis zur endgiltigen Auseinandersetzung, auf welche territoriale Fragen von Natur aus hindrängen.

Fragen des konfessionellen Gegensatzes zwischen Staaten (nicht im Staate) werden nur akut bei religiöser Erregung; die Krisen drohen hier heftiger zu werden, zwischen ihnen aber liegen Perioden, in denen die Feindschaft sich bis nahe zur Gleichgültig-

---

[1]) Nur das Rafzer Feld lag noch jenseits des Rheins.

[2]) Der Krieg nach Clausewitz als „Fortführung der Politik mit andern Mitteln“ aufgefaßt.

keit abschwächt. Sie drängen, falls sie rein auftreten, ihrer Natur nach nicht zu einer endgiltigen Auseinandersetzung, teils, weil diese schwerer zu erreichen ist, da es sich um metaphysische Werte handelt, teils, weil die Krisen auf einem psychischen Zustande der Führer und vor allem ihrer Massen beruhen, der nicht lange anhält, der ein Ausnahmezustand ist. Der konfessionelle Gegensatz zwischen Staaten bringt einzelne Krisen hervor, denen die Verbindung durch eine systematische Politik fehlt (wir meinen eine positive Politik, eine Politik des Angriffs, denn nur durch eine solche kann der Zweck erreicht werden). Der Gegensatz wegen territorialer Fragen hat dagegen etwas Lückenloses. Die Wirkungen sind daher verschieden auf die Ausgestaltung der Politik des Staates, wie auf die Anschauungen seiner Führer.

Noch ein weiteres kommt hinzu, um die Wirkungen des territorialen und des konfessionellen Gegensatzes auf die führenden Männer verschieden zu gestalten. Bei territorialen Streitfragen hat es der eine Staat unmittelbar mit dem andern Staate zu tun, mit der amtlichen Politik des andern, hinter welcher dessen Machtmittel stehen. Bei konfessionellen Streitigkeiten hat es der eine Staat zumeist nur mittelbar mit dem andern zu tun. Es sind Angehörige des einen Staates, die mit den ihnen persönlich zu Gebote stehenden Mitteln den Angriff beginnen. Ihnen stellen sich wiederum Privatpersonen des andern entgegen. Ob und in welchem Maße der eine oder andere Staat den Streit zu seiner Sache machen, ihm seine Mittel leihen wird, ist meist zweifelhaft.

Beginnt ein konfessioneller Gegensatz akut zu werden, so ist deshalb die Beurteilung der Lage stark abhängig von dem religiösen Interesse des Beurteilenden. Ist er der Ansicht, der Staat solle sich konfessionellen Zwecken dienstbar machen, so wird er an die Einmischung des andern Staates glauben und auf die des eigenen drängen. Will er dagegen den Staat von dem Einflusse religiöser Bestrebungen möglichst emanzipieren, so wird er zu verhindern suchen, daß sein Staat religiösen Zwecken seine Mittel leihe, und wird auch an die Einmischung des andern Staates weniger glauben.

Bei territorialen Gegensätzen kann niemand das Interesse des Staates an ihnen, bei einer Verschärfung des Gegensatzes niemand die Gefahr für den Staat leugnen, da man es augenfällig und unmittelbar mit dem andern Staate zu tun hat. Die nimmer ruhende Politik des einen Staates erzwingt eine ebensolche des andern; sie wird meist eine Bündnispolitik sein.

Bei konfessionellen Gegensätzen wird es dagegen immer Männer geben, die zwar das Interesse des Staates an ihnen nicht völlig leugnen, die aber ein stärkeres Hineingezogenwerden des Staates in konfessionelle Fragen zu verhindern suchen werden. Vor allem werden sie eine konfessionelle Politik in der Form einer Bündnispolitik auf konfessionellem Boden verabscheuen, die leicht die Mittel des Staates für Zwecke verwendet, die der Konfession wohl frommen, ihm aber fremd sind, die ihn leicht in Händel verwickeln, die ihn als Staat nichts angehn.

Bern lebt in einem territorialen Gegensatz; hier fragt niemand, ob man ein Bündnis mit dem Auslande schließen dürfe, man kann nur fragen: mit wem? Zürich lebt einzig in dem konfessionellen Gegensatz; hier fragt man, ob man ein Bündnis mit dem Auslande eingehen dürfe. In Bern finden wir eine Partei, die im Zusammengehen mit Frankreich, und eine weitere, die im Zusammengehen mit den deutschen Protestanten die richtige Politik der Stadt erblickt; eine Neutralitätspartei finden wir nicht. In Zürich finden wir eine Partei, die trotz der Kräfteverschiebung zugunsten der Katholiken, trotz der Verschärfung des konfessionellen Gegensatzes das Aufgeben der bisherigen Zurückhaltung gegen das Ausland nicht für nötig hält, und wir finden dort eine andere Partei, die aus eben diesen Gründen auf ein Bündnis mit einer protestantischen Macht des Auslandes drängt.

* * *

Die deutsche protestantische Union war im Frühjahr 1610 an die vier evangelischen Städte der Eidgenossenschaft mit einem Bündnisvorschlag herangetreten; im August hatten diese höflich,

aber ablehnend geantwortet. Im Anfang des folgenden Jahres nimmt der Markgraf Georg Friedrich von Baden den Bündnisplan — allerdings nur für sich und seine Staaten — wieder auf [1]). Es erscheint verwunderlich, daß der Markgraf, der kleine Fürst, auf besseren Erfolg hofft, als ihn ein halbes Jahr vorher die gesamte Union gehabt. Wir müssen bedenken, daß ihm, der die schweizerischen wie alle politischen Vorgänge beobachtete, der Eindruck, den der Wechsel der französischen Politik in der Eidgenossenschaft verursacht hatte, nicht verborgen geblieben sein wird. Er glaubte, daß die Stimmung für ein Bündnis in den Städten sich gebessert habe. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß der Markgraf direkt davon unterrichtet worden ist, daß jetzt Bern ein Bündnis mehr wie je wünsche. Ein Vertrauensmann nämlich des Markgrafen und anderer protestantischer Fürsten, Giovanni Francesco di Castiglione [2]) in Basel, stand mit Berner Adligen der „deutschen Partei" in Briefwechsel, und Christian von Anhalt, durch Freundschaft und Neigung zu einer weitausgreifenden und aggressiven Politik Georg Friedrich verbunden, unterhielt engere Beziehungen zu der Familie von Erlach, die ebenfalls zur deutschen Partei in

---

[1]) Es fehlt an Raum, näher auf die Gründe einzugehen, die den Markgrafen ein Bündnis mit den Städten suchen ließen. Als protestantischem Reichsstand drohte ihm, wie allen andern, die spanisch-katholische Gefahr. Im besonderen hatte er Feindseligkeiten von seiten der katholischen Partei des Reiches zu fürchten, da er — zu Recht oder Unrecht — das Gebiet der katholischen Linie des Hauses Baden, die „Obere Markgrafschaft" (Baden-Baden und Rastatt) dem Sohne des Markgrafen Eduard Fortunat wegen seiner Unebenbürtigkeit vorenthielt. Das langgestreckte Land war schwer zu verteidigen. Wenn der Markgraf im Anschluß an die Union, vor allem an Kurpfalz, sein Heer im nördlichen Teil des Landes aufstellte, so war der südliche, wertvollere Teil (Badenweiler, Sausenberg und Rötteln), der fast völlig von österreichischem Besitze umgeben war, dem Feinde preisgegeben· Schutz konnte ihm nur von Schweizer Seite werden. — Endlich hoffte der Markgraf Pläne, die er in bezug auf Graubünden und Venedig hatte, durch das Bündnis zu fördern.

[2]) Nikolaus von Mülinen nennt ihn auf der Adresse conseiller des Kurfürsten von Brandenburg und des Landgrafen von Hessen.

Bern gehörte. Von einem dieser beiden oder beiden mag der Markgraf von der Stimmung in Bern erfahren haben.

Er beschloß, die Gelegenheit zu benutzen und schickte einen seiner Beamten, Walter Rettich [1]), in geheimer Mission in die Schweiz.

Über die erste Zeit der Unterhandlungen sind wir nur durch einige Privatbriefe [2]) unterrichtet. Rettich befand sich Anfang Februar 1611 in Basel, wo ihm Castiglione Empfehlungsschreiben an seine Freunde in Zürich und Bern gab. Von Basel scheint er sich zuerst nach Bern begeben zu haben. Dort hatte er eine Besprechung über die Bündnisfrage mit dem Schultheißen Manuel [3]) und gewann den Stadtarzt Paul Lentulus zum Vertrauensmann für den schriftlichen Verkehr, da ein solcher mit der Regierung selbst noch nicht angängig war. Lentulus scheint ein einflußreicher und politisch tätiger Mann in Bern (dessen Burgerrecht ihm geschenkt worden war) gewesen zu sein. Früher Leibarzt Elisabeths von England, mag er an ihrem Hofe Geschmack an politischen Dingen und Verständnis für sie gewonnen und auch von dort die Überzeugung mitgebracht haben, daß ein enger Zu-

---

[1]) Dieser, ein vielgewandter Mann, war vor kurzem, wahrscheinlich Anfang 1610, in die Dienste des Markgrafen getreten. Früher war er, der Sohn eines bischöfl. straßburg. Beamten, zuerst Soldat unter Maria Farnese, dann Student der Rechte in Freiburg i. B., später Ratsherr daselbst, darauf Kapuziner, wahrscheinlich in Luzern. In Colmar trat er 1609 zum Luthertum über. In markgräflichen Diensten lebte er zuerst in Baden-Baden, dann als Amtsverweser in Mühlburg. Von 1614 an lebte er in Basel, von wo aus er den Durlacher- wie den Heidelberger Hof mit Nachrichten aus der Schweiz, Frankreich und Italien bediente. Im Mai 1619 wird er aus badischen Diensten entlassen, weil er, wie es scheint, unterdessen Calvinist geworden ist. Im Frühjahr 1620 führen ihn die Jesuiten in Schlettstadt zum alten Glauben zurück, es gelingt ihm, in Basel der katholischen Partei bis zum Oktober Verräterdienste zu leisten, dann muß er fliehen und stirbt bald darauf. (Nach L. Bastian, Samuel Israels Glückwünschung zur Vermählung Walter Rettichs etc. Alemannia N. F. IX und eigener Forschung.)

[2]) Aus dem Nachlaß Kaspar Wasers.

[3]) Rettich erwähnt die „Audienz“ in einem Briefe an Manuel vom 11. Jan. 1612.

sammenschluß der protestantischen Staaten dringend notwendig sei, und daß man sich von der katholischen Seite nicht allzu viel bieten lassen müsse, sondern sehr wohl selbst zum Angriff übergehen könne. In dieser Ansicht stimmte er mit vielen einflußreichen Bernern überein, in jener mit Caspar Waser, dem Vertrauensmann, den Rettich darauf in Zürich gewann.

Waser, Chorherr am Großmünster und Professor am Carolinum, war ein durch Amt und Familie einflußreicher Mann. Bis er von dem jüngeren Breitinger (mit dem er [nach Mörikofer] befreundet war) darin abgelöst wurde, war wohl er der Führer der Partei, die mit der zurückhaltenden Politik der Regierung unzufrieden war, eine aktive Politik auf konfessioneller Grundlage wünschte. Wir können sie die konfessionelle Aktionspartei nennen. Waser unterhielt mit meist auch politisch interessierten Gelehrten und Geistlichen der ganzen protestantischen Welt einen regen Briefwechsel. So war er wohl der geeignetste Mann in Zürich, um dort für das Bündnis mit dem Markgrafen zu arbeiten und auch diesem Nachrichten über politische und militärische Pläne und Ereignisse vor allem aus Graubünden, Norditalien und Frankreich zu übermitteln.

Da Waser seiner innern Überzeugung nach für das Bündnis eingenommen sein mußte und auch für Geld nicht unempfänglich war, wurde Rettich bald mit ihm einig; am 16. März 1611 schon befiehlt der Markgraf seinem Landschreiber in Sulzburg, Waser vierteljährlich dreißig Dukaten in specie auszubezahlen.

Mag es auch auf Zufall beruhen, es erscheint doch typisch für die Verschiedenheit des politischen Lebens und der treibenden politischen Kräfte der Städte, daß in Zürich ein Geistlicher, in Bern ein Laie Hauptförderer des Bündnisses wurde.

Für die folgende Zeit, bis zum Dezember 1611, versagen unsere Quellen fast ganz. Wir wissen nur, daß die Bündnissache in Zürich kaum hatte gefördert werden können. Ein großer Teil und wohl der überwiegende der Räte glaubte an der bisherigen Politik festhalten zu sollen. Nun hatte der Markgraf Rettich untersagt,

als sein Agent aufzutreten, dieser mußte vielmehr den Bündnisplan als seinen eigenen Gedanken ausgeben, den er, falls die Städte auf ihn einzugehen bereit wären, seinem Herrn vorlegen werde [1]). Wenn auch wohl niemandem der wahre Sachverhalt verborgen war, so konnten doch die Gegner des Bündnisses verhindern, daß man auch nur über seine Tunlichkeit beriet, indem sie darauf hinwiesen, daß nicht nur kein förmlicher Bündnisantrag der badischen Regierung vorliege, sondern es sich nur um den Plan eines Privatmannes, und dazu eines von zweifelhafter Vergangenheit, handle.

Der Markgraf entschloß sich, je schlechter die Aussichten waren, um so weniger, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten; die Pest hinderte Rettich, in Zürich persönlich zu wirken. So stand es um die Sache des Bündnisses in Zürich schlecht.

In Bern hingegen, wo ja gegen ein Bündnis mit dem Auslande keine grundsätzliche Abneigung bestand, waren gegen das Bündnis mit dem Markgrafen von Baden kaum größere Widerstände zu überwinden gewesen. Man war nun zum Bündnisse bereit (zwar hatte auch in Bern keine förmliche Beratung stattgefunden, doch war sie hier von geringer Bedeutung, da ihr Ergebnis nicht zweifelhaft war) und hatte Zürich — nicht auf amtlichem Wege, sondern durch Briefe von Privatleuten an ihre Freunde — aufgefordert, als Vorort eine Konferenz der IV Städte einzuberufen, um über die Bündnisfrage Rat zu hegen.

Bern ist zum Bündnis bereit. Am 3. November 1611 [es ist das der früheste Brief aus Bern, den wir besitzen], schreibt der Berner Pfarrer Lignaridus (Hermann Dürrholz) an Waser: „Marchionis Badensis negotium quod attinet bene de illo speramus. Videmus enim praecipuos procerum nostrorum bene esse affectos.“ Etwas später, Mitte oder Ende November, erklärt Schultheiß Sager Lentulus, der Kleine Rat sei dem Markgrafen sehr wohlgesinnt und einem Bündnisse mit ihm durchaus nicht abgeneigt,

---

[1]) Der Markgraf war doch sehr wenig sicher, ob ihm gelingen werde, was Kurpfalz so oft, der Union vor kurzem mißlungen war, und wollte sich einer Abweisung nicht aussetzen.

halte es aber für wenig loyal (parum honestum) ohne Zustimmung und Mitwirkung Zürichs etwas zu unternehmen. Den Konsens Zürichs aber müsse Rettich erwirken.

Dieser hatte unterdessen wohl eingesehen, daß er, auch mit Hilfe Wasers, in Zürich keinen Beschluß zugunsten des Bündnisses werde durchsetzen können. Er wendet sich deshalb an Lentulus, an Bern um Beistand. Dieser wird gewährt. Von Bern — wieder nicht von der Regierung selbst, aber von ihr nahestehenden Männern — wird nun ein Druck auf Zürich ausgeübt, der es schließlich zwingt, sich über die Frage zu beraten, und der nicht eher nachläßt, als bis das Bündnis gesichert ist.

Diese Tatsache ist von Bedeutung. Nicht die veränderte politische Lage und die durch sie bewirkte Verschiebung in der Stärke der Parteien [1]) waren imstande, Zürich zum Bruche mit seiner bisherigen Politik zu veranlassen. Zürich hat nicht aus sich selbst heraus in souveränem Entschlusse die Bahn seiner Politik verlassen, es ist vielmehr durch Bern aus ihr herausgedrückt worden.

Rettich hatte Lentulus gebeten, seinem Vorhaben in Zürich beizustehen. Wirklich schreibt dieser in einem Briefe vom 13. Dezember [2]) — in dem er auch jene Unterredung mit dem Schultheißen mitteilt — Waser, Rettich wünsche, daß er ihm die Gründe auseinandersetze, die für das Bündnis sprechen. Deutlich aber merkt man dem Briefe an, wie gerne Lentulus Rettichs Wunsch nachkommt, wie er ihm ein erwünschter und vielleicht gesuchter

---

[1]) Wir werden annehmen dürfen, daß die Steigerung des konfessionellen Gegensatzes, daß ein Ereignis wie der Gachnanghandel ein Anschwellen der Partei bewirkte, die die konfessionellen Interessen in den Vordergrund stellte und auf ein auswärtiges Bündnis hindrängte.

[2]) Es ist dies der früheste Brief des Lentulus an Waser in der Bündnisangelegenheit, der erhalten ist. Ob es der erste der ostensiblen Briefe ist, können wir nicht entscheiden. Immerhin können wir aus dem Umstande, daß Lentulus Waser über ein wichtiges Ereignis (die Unterredung mit dem Schultheißen) erst nach etwa einem Monat berichtet, schließen, daß der Briefwechsel bis dahin nicht lebhaft war.

Vorwand dazu ist, daß er als Berner dem Zürcher seine Meinung und seine Wünsche deutlich auseinandersetzen kann.

Er schreibt, die allgemeine Lage in der Schweiz brauche er Waser ja nicht zu erläutern, die kenne dieser zur Genüge, und die geheimen Gründe Berns für das Bündnis dürfe er einem Briefe nicht anvertrauen. Dennoch schreibt er: „Hostis vicinus et haereditarius infidelis Allobrogus; Gallorum levitas et inconstantia, praesertim in isto interregno; Pontificiorum Pagorum infida societas, cur nos non moveant ad id foedus ineundum?" Er fährt fort: „Die papistischen Orte haben, ohne daß man ihnen von unserer Seite dazu Veranlassung gegeben hätte, um uns zu verderben, sich verbündet mit dem Papst, mit Spanien, mit Savoyen und anderen; warum soll uns nicht das gleiche erlaubt sein, nicht um jemandem ein Unrecht zuzufügen, sondern um uns zu sichern? Sechs papistische Orte — wir wissen es genau — schmieden Pläne, um zusammen mit Savoyen uns mit Krieg zu überziehen. Welche Gesinnung sie gegen euch hegen, was sie gegen euch im Schilde führen, werdet ihr wohl wissen. Hae et alia eius modi complura; cur nos ad id foedus non impellunt?" Dies für einmal. Privates et secretiores quasdam alias rationes schreibe er ihm nächstens. — Und dann treibt er zur Eile, daß Zürich sich endlich entschließe, eine Konferenz der IV Städte zur Beratung über das Bündnis einzuberufen. Das Verschleppen bringe Gefahr: principum motus sunt celeres et sunt impatientes more. — Waser wird den Brief nicht für sich behalten, er wird ihn seinen Freunden, vielleicht, wie Rettichs Briefe, ihn den Bürgermeistern zeigen. Da steigert Lentulus zum Schlusse das Gewicht des Briefes. Er läßt deutlich durchblicken, daß hinter ihm, der da sitzt und scheinbar als Privatmann schreibt, die regierenden Herrn von Bern stehen: „Von den unsrigen glauben viele, was man heute zu tun imstande sei und was zu tun die Not der Zeit gebiete, man beeilen und nicht verschleppen müsse. Der ganze Adel ist dem Bündnis sehr günstig gesinnt, das Volk lehnt es keineswegs ab. Optimates et qui ad gubernacula sedent id maximopere expetunt. Expectant summo desiderio de consensu vestrorum certiores esse."

Mit diesem Brief, den vielleicht noch andere begleiteten oder ihm folgten, hat Waser nun doch etwas ausrichten können. Am 3. Januar 1612 schreibt er Rettich, daß „die bewußt sach auf mein vielfältig sollicitieren endlich ist von etlichen heubtern dises Regiments besonders deliberiert worden: vnd ist dise meinung darüber gefallen, daß man selbige mit den Herren von Bern, wie auch Basell und Schafhusen, jedoch mit Bern sonderlich, vf erster Arauischer Tagleistung communicieren vnd deliberieren wölle."

Ein Fortschritt war das, aber noch war es kein Beschluß des Rates selber, noch war die Konferenz nicht anberaumt, ja, noch mußte Waser schreiben, man wolle sehen „wo nit ein bündnus oder confoederation, so doch etwas correspondentz vnd nächen intelligentz mit Ihr. fürstl. Gnaden gemacht werde."

Bern setzt den Druck fort, damit die Konferenz zustande komme. Am 22. Januar schreibt Lentulus an Waser: Senatus cupit, cives et nobilitas tota ardet eius desiderio. Urge apud tuos, ut brevi alicubi conventus habeatur. Am 2. Februar: viele fragen ungeduldig, weshalb die Zürcher so lange (mit der Einberufung der Konferenz) zögerten. Aber nicht nur Lentulus drängt in seinen Briefen; Oberst Anton von Erlach schreibt an Hartmann Escher (vom Luchs) in Zürich, und manche andere, deren Namen wir nicht feststellen können, schreiben auch. Aber nur als Privatpersonen schreiben sie, die Regierung selbst hält sich zurück.

Einflußreiche Männer, denen das Bündnis besonders am Herzen lag, hatten sich Mühe gegeben, die Schultheißen zu einem amtlichen Schreiben an Zürich zu bestimmen oder dann doch Lentulus die Erlaubnis zu geben, in Zürich persönlich für das Bündnis tätig zu sein [1]). Auch Rettich hatte darum gebeten. Beides ver-

[1]) Lentulus berichtet am 18. Februar Rettich, viele Vornehme hätten mit den Schultheißen gesprochen, damit die „litterae adhortatoriae" von ihnen „extorquirt" würden oder seine Reise nach Zürich bewilligt werde. Er legt den Originalbrief Antons von Graffenried bei, in dem dieser den Obersten Anton von Erlach auffordert, bei Schultheiß Manuel zu erwirken, daß Lentulus nach Zürich reisen dürfe. Schreiber und Empfänger waren Glieder des Kleinen Rates, also der eigentlichen Regierung.

sagten die Schultheißen. Sager meinte, ,,wenn sy sollten also fürschießen mit brieffen oder persohnen gegen die Herren von Zürich, diewyl es gar nit brüchig, were zebesorgen, sy würden das nit gern haben, als wenn man ihnen nit genugsam trawe.“ Aber, so beruhigt Lentulus Rettich, als er ihm diese Worte des Schultheißen mitteilt, ,,andere sonderbare Herren des kleinen und großen rats dürfen für sich selbst an gute fründt vnd Regiments-Herren schreiben vnd damit ist schon angefangen,“ und er werde weiter dazu treiben.

Unterdessen war man auch auf badischer Seite zu größerer Tätigkeit übergegangen. Die Pest, die seit dem Frühjahr 1611 im größten Teile der Schweiz gewütet hatte und in Zürich gegen Ende Dezember, in Bern noch später erloschen war, hatte, wie sie für die Verhandlungen überhaupt ein Hindernis gebildet, vor allem Rettich verhindert, im Herbste, wie es der Markgraf gewünscht, die Bündnisangelegenheit in Zürich persönlich zu betreiben. Wie Waser ihm nun am 3. Januar mitteilt, daß die Bündnisfrage von einigen Ratsherren erwogen worden und die Pest am Erlöschen sei, frägt er Waser an, ob er nach Zürich kommen solle. Dieser hält es für ratsam; man könne mündlich besser unterhandeln als schriftlich, auch hoffe er, daß Rettichs Kommen die Ratsherren günstig beeinflussen werde; praesentia viri est praesentia leonis. Rettich trifft am 15. Februar in Zürich ein. Er ist noch nicht beglaubigter Agent des Markgrafen, hat vielmehr strengen Befehl, nur als Privatmann aufzutreten. Immerhin wird er vom Bürgermeister Rahn in Audienz empfangen, der dem Bündnisse geneigt ist. (Rettichs Bericht über die Audienz ist verloren). In diesen Tagen langen nun auch die von Lentulus am 15. Februar erwähnten Adhortatoria-Schreiben der Berner an und am 20. Februar ergeht von Zürich das erste amtliche Schreiben in der Bündnisangelegenheit an Bern. Wieviel die Anwesenheit Rettichs dazu beigetragen hat, daß Zürich sich nun endlich mit der Sache befaßte, ob die Schreiben der Berner allein genügt hätten, können wir nicht feststellen. Genug, der erste Schritt war erfolgt. Doch mit welcher Vorsicht

hatte ihn der Zürcher Rat getan! Rein referierend hatte er Bern mitgeteilt, daß der Markgraf von Baden durch seinen Amtmann und Diener Rettich im Vertrauen etwas Antrag und Werbung um Konsens zu einer nachbarlichen Einung und Verständnus mit den evangelischen Städten habe tun lassen[1]). Mit keinem Worte aber verrät er, wie er sich zu diesem Antrag stelle; von einer Konferenz ist nicht die Rede.

Dieses Schreiben scheint in Bern zum mindesten recht unangenehm berührt zu haben, war man doch von der Konferenz, deretwegen man so viel geschrieben, so weit entfernt, wie zuvor. Sogar aus der Antwort der Berner Regierung klingt der Unwille heraus: man hätte gewünscht, ihr hättet „heitterer ercklärt, was des orths üwer Intention". Was ihre Intention sei, lassen dafür die Berner recht deutlich erkennen. „Ehist müglich" solle eine Konferenz der IV Städte stattfinden, um über das „gnädige und fründliche anmuthen" das der Markgraf in dieser gefährlichen Zeit an sie richtet, zu beraten und ebenfalls, damit der Markgraf merke, „daß wir inn derglychen gvthen Christenlichen vertrowlichen handlungen alles das zethvn vnd fürzenemmen bereit (sind), was müglich vnd verantwortlich." Die badischen Gesandten, die der Markgraf dazu absenden werde, sollen auf der Konferenz über den Vorschlag des Markgrafen und „vff was form vnd gstalt" dieser das Bündnis begehre, angehört werden. Was die Gesandten der IV Städte darüber dann beraten werden, sollen sie der Obrigkeit berichten, damit diese schlüssig werden könne, „was die nothdurfft eines söllichen erlichen vnd stattlichen gvthen wercks erforderet."

Das Schreiben der Regierung wurde durch Privatbriefe unterstützt, die mit dem gleichen Boten von Bern abgingen und denen eine freiere Sprache erlaubt war. Nur der des Lentulus an Waser ist erhalten. Auch er wirft den Zürchern vor, ihr Schreiben (literae)

---

[1]) Rettich hatte sich also um den Befehl des Markgrafen, als Privatmann aufzutreten, nicht gekümmert; begreiflicherweise, da Zürich das Anbringen des Privatmanns Bern nie mitgeteilt hätte.

sei „satis obscurae". Vor allem aber solle die Konferenz intra paucissimos dies angesetzt und zusammenberufen und Gesandte dazu abgeordnet werden, qui huius negotii perficiendi desiderio flagrent, qui illud maxime probent et promotum cupiant. Weiter: viri Senatorii ordinis nonnulli me hortati sunt, er möge darauf drängen, daß der Tag der Konferenz unverzüglich bestimmt werde. Schultheiß Sager versichere totum Senatum optime affectum, quod ut Tuis significes, maximopere velim. Idem faciunt nonnulli Nostrorum ad Vestros per litteras. Der Bote gehe ab cum litteris amicorum ad amicos.

Am 2. März trifft das Schreiben der Berner Regierung, treffen die Briefe vornehmer Berner an vornehme Zürcher ein. Unter dem Eindruck der Willenserklärung Berns beschließt schon am folgenden Tage der Kleine Rat Zürichs, eine Konferenz der IV Städte einzuberufen. Wie Bern es wünscht, soll sie in kürzester Zeit stattfinden: am 11. März [1]).

In der Sitzung des Kleinen Rats vom 3. März gibt Zürich seinen prinzipiellen Widerstand gegen das Bündnis auf, dessen Zustandekommen nun kaum noch zweifelhaft ist. Aber noch mehr bedeutet diese Sitzung vom 3. März 1612. Sie entscheidet nicht nur über das Bündnis mit dem Markgrafen, sie entscheidet vielmehr über die ganze Politik Zürichs auf Jahre hinaus.

Hier ist der Wendepunkt in Zürichs Politik, hier der Bruch mit der Zwinglischen Tradition. Es folgt dem badischen Bündnis unabweislich das französische, dem französischen das venezianische, es folgen schließlich die geheimen Verhandlungen mit Schweden.

Am 3. März 1612 hat die konfessionelle Aktionspartei über die Neutralitätspartei gesiegt, am 3. März ist der Grund gelegt worden zur Herrschaft Breitingers.

---

[1]) Die Ratsmanuale Zürichs enthalten in dieser Zeit über politische Verhandlungen gar nichts; das Datum des 3. März ergibt sich aus den Einladungsschreiben zur Konferenz und dem Briefe Wasers an Lentulus.

Aber, das müssen wir hervorheben, dieser Beschluß vom 3. März ist nicht ein Sieg der konfessionellen Aktionspartei aus eigener Kraft. Nicht ihren Gründen und ihrer Zahl unterliegen die Ratsherren der alten Richtung: Bern unterliegen sie. „Domini nostrates vestratibus cedentes", schreibt Waser am 4. März an Lentulus. Bern fügen sie sich, Berns deutlich ausgesprochenem Willen. Unter dem Drucke Berns verläßt Zürich die alte Bahn seiner Politik. Und nicht ihrer eigenen Kraft, sondern Berns Einflusse hat es die konfessionelle Aktionspartei zu danken, daß ihre Tendenzen von nun an die Politik der Stadt bestimmen, daß die Neutralitätspartei unterliegt: Domini nostrates vestratibus cedentes.

* * *

Zürich beruft als Vorort die Konferenz, auf der über das Bündnis beraten werden soll. Es ist aber auch hohe Zeit, daß es Berns Wünschen entgegenkommt. Schon machen sich Zeichen bemerkbar, daß Berns Geduld erschöpft ist; es scheint entschlossen zu sein, nachdem es ein Jahr lang von Zürich hingehalten worden ist, ohne Rücksicht auf dieses nunmehr selbständig zu handeln und sich nicht mehr, wie seit Jahrzehnten, von ihm vom Anschluß an die deutschen Protestanten abhalten zu lassen.

Am 18. Februar, also noch bevor Zürich sein erstes Schreiben an Bern gerichtet, ersucht Lentulus den eben in Zürich angekommenen Rettich, von dort aus nicht unmittelbar nach Durlach zurückzukehren, sondern vorher nach Bern zu kommen. Bis Burgdorf wollen er, Oberst Anton von Erlach und andere ihm entgegenreiten, dort wichtiger Ursachen wegen sich ad partim mit ihm unterreden und ihn dann nach Bern begleiten. Am gleichen Tage schreibt ihm Lentulus einen zweiten Brief — so dringend war ihm die Sache —, er habe aus der Stadt Befehl bekommen, ernstlich bei Rettich anzuhalten, doch ja nach Burgdorf zu kommen. „Den man ist gentzlich gesinnet, man wolle den Herrn nit widerum zu seinem Fürsten lassen keren, dan cum summa satisfactione et Principis et tui".

Es scheint, daß man in Bern fürchtet, wenn Rettich erfolglos von Zürich heimkehre, werde der Markgraf seinen Plan endgültig aufgeben. Das will man verhindern, indem man Rettich erklärt, daß Bern den förmlichen Eintritt in die Verhandlungen nicht mehr von der Zustimmung und Mitwirkung Zürichs abhängig mache. Dies wäre jedenfalls das Geringste, womit man die satisfactio des Markgrafen bewirken könnte. Vielleicht will man auch schon weiter gehen [1]). Doch dies gibt nur Zeugnis für die Bestrebungen einzelner Männer, wenn auch einflußreicher (Anton v. Erlach saß im Kleinen Rat), nicht aber der Regierung selbst. Daß aber diese kaum anders dachte, beweist der Schlußsatz der Instruktion, die sie dann ihren Gesandten für die Konferenz zu Aarau mitgab: „Vnd ob schon die von Zürich sich nit ynlassen woltendt, So sindtt doch Ir Gn. nit gsinett, dis günstig Ersuchen also rauw ußzeschlachen, Sondern werdendt noch verner bedencken, was Innen hierin zethun oder zelaßen syn werde.“ [2])

* * *

Die Konferenz fand am 12. März 1612 in Aarau statt. Die Namen der Abgesandten und der Abschied sind bekannt [3]). Der Markgraf soll den Städten die Bedingungen des gewünschten Bündnisses mitteilen. Finden diese sie annehmbar, so will man auf einer neuen Konferenz darüber beraten. Doch nur Zürich und Bern können sich mit dem Markgrafen verbünden, Basel und Schaffhausen, deren Beitritt der Markgraf auch gewünscht, können sich laut ihres Bundesbriefes dem Bündnisse nicht anschließen.

---

[1]) Rettich ist der Aufforderung nachgekommen, wurde in Bern aufs beste aufgenommen, sein Bericht über die Unterredung zu Burgdorf aber ist nicht erhalten.

[2]) Staatsarch. Bern, Instruktionsbuch O. S. 76 f.

[3]) Abschiede V. 1. S. 1073. Wir können hinzufügen, daß ursprünglich der eifrigste Förderer des Bündnisses in Bern, Oberst Anton von Erlach, zum Gesandten neben Schultheiß Manuel bestimmt war; ein plötzlicher Unglücksfall machte dann seinen Ersatz durch den alt Venner Michel notwendig, der ebenfalls für das Bündnis „wohl affektionniert vnd inflammiert“ war. (Lentulus an Rettich, 9. März 1612.)

Immerhin wird Rettich, der in Aarau anwesend war, aber den Verhandlungen selbst natürlich nicht beiwohnen durfte, im Vertrauen gesagt, Basel und Schaffhausen würden, falls der Bündnisfall eintrete, so handeln, als ob sie das Bündnis auch abgeschlossen hätten.

Interessanter als der Abschied selbst sind die Instruktionen, die Zürich und Bern ihren Gesandten gegeben hatten. Sie zeigen den gewaltigen Unterschied im Charakter der Politik der Städte.

Zürich will, falls Bern sich auf der Konferenz für das Bündnis erklärt, sich nicht von ihm „söndern" und ist jetzt doch schon so weit gekommen, daß es es nicht „thunlich" findet, bei den gefährlichen Zeiten und Läuften die Freundschaft des benachbarten Fürsten auszuschlagen [1]). Bern, das nicht sicher ist, ob Zürich nicht doch noch gegen das Bündnis sich entschlossen hat, motiviert seine Geneigtheit zum Bündnis ausführlicher: die „guten qualiteten" des Fürsten, die Religionsverwandtschaft, die günstige Lage seiner Länder zur Eidgenossenschaft. Sind die Gesandten von Zürich instruiert, unter leidlichen Bedingungen sich in ein Bündnis einzulassen, so sollen die Gesandten Berns erklären, daß auch ihre gnädigen Herrn das Bündnis für „ein nützlich heylsam vnd guett werk erachtind, wyll es, wänn es zu vollkhomenheit vnd endtschaft gelangen söllte, dem gmeinen geliepten Vatterlandt, besonders aber den vier Euangelischen Stetten vill nutz vnd frommen gepären vnd den widerwärtigen, welche allendthalben Ir Religion zeschirmen, hilff vnd schirm suchend, gedancken bringen vnd etwann dahin dienen möchte, In ettlichen sachen gemachsamer vnd bescheidner zefharen, danetwann bißhäro beschächen."

Den Schluß bildet der schon zitierte Satz, der den Gesandten befiehlt, Rettich unter keinen Umständen mit einem abschlägigen Bescheide zum Markgrafen zurückkehren zu lassen, „ob schon die von Zürich sich nit ynlassen wolltendt".

---

1) Staatsarch. Zürich B. VIII. 11.

Doch so weit kam es nicht, daß Bern sich von Zürich „söndern“ mußte, Zürich hatte sich entschlossen nachzugeben. Ein gefahrvoller Moment in der Geschichte der Eidgenossenschaft war vorüber.

* * *

Der badische Agent eilt von Aarau aus, wo ihm der Abschied schriftlich ausgehändigt worden ist, zu seinem Herrn nach Durlach, um ihm schriftlich und mündlich Bericht zu erstatten. Jetzt endlich, wie das Zustandekommen des Bündnisses einigermaßen gesichert ist, tritt der Markgraf aus seiner Zurückhaltung heraus. Kurz zuvor hat er auch seinem Geheimen Rate, der von den Verhandlungen durch Rettich nichts gewußt, den Bündnisplan zur Begutachtung vorgelegt. Dieser ist einem so weit ausschauenden und kostspieligen Bündnis abgeneigt, hätte es lieber bei einer „nachbarlichen Korrespondenz“ bewenden lassen, fügt sich aber dem Willen des Markgrafen, da die Verhandlungen ja auch schon so weit vorgeschritten seien [1]). — Wir haben es bei dem Bündnisse mit einer rein persönlichen Politik des Markgrafen zu tun, die er so lange der Kenntnis seiner Räte entzieht, bis deren Widerspruch, den er voraussieht, nutzlos wird und deshalb unterbleibt.

Jetzt beginnen die amtlichen Verhandlungen, und Rettich kehrt als beglaubigter Agent in die Schweiz zurück. Er kehrt in solcher Eile zurück, daß es nicht möglich ist, ihm den von den Städten gewünschten Bündnisentwurf mitzugeben, daß ihm die nach seinem Entwurfe verfaßten Briefe des Markgrafen an die Städte (datiert 22. März 1612), sowie zwei Bilder des Markgrafen (Belohnungen für Waser und Lentulus), nachgeschickt werden müssen. Weshalb diese Eile? Der prinzipielle Widerstand Zürichs ist ja überwunden, bei Berns Eifer erscheint ein guter Fortgang der Sache gewiß. —

---

[1]) „Unterthäniges Bedenken die vorhabende verein mit den Evangelischen Schweitzern betreffend“ (13. März 1612).

Es war ein Gegner des Bündnisses aufgetreten, wie es gefährlicher keinen gab: Frankreich. Auf der Konferenz zu Aarau war ein Abgesandter des französischen Ambassadors erschienen und hatte das Bündnis widerraten. Frankreichs Macht in der Schweiz war groß; der Markgraf mußte das Schlimmste für seinen Plan befürchten, konnte nicht schnell genug seinen Agenten zurücksenden, um dem Ambassador entgegenzuarbeiten.

* * *

Auf die Gründe, die den Ambassador dazu führten, gegen das Bündnis aufzutreten und dann doch nichts Ernsthaftes gegen sein Zustandekommen zu unternehmen, müssen wir näher eingehen.

Frankreich war von Haus aus ein Gegner jedes Bündnisses aller oder einzelner Orte der Eidgenossenschaft mit dem Auslande. Ein solches stellte Ansprüche an die schweizerische Wehrkraft, deren Überschuß Frankreich sich selbst sichern wollte, es schwächte auch — meist jedenfalls — seinen Einfluß auf die betreffenden Orte. Bei dem badischen Bündnis kam im besondern hinzu, daß es als konfessionelles Sonderbündnis die innere Lage in der Schweiz verschärfen, die katholischen Orte zu einem Gegenzug reizen, also ein weiteres Bündnis mit dem Auslande zur Folge haben konnte. (In der Tat wurde von katholischer Seite sofort ein Bündnis mit dem Herzog von Lothringen erwogen.) Ein weiteres und nicht unwichtiges kam ferner in Betracht. Bisher hatten die evangelischen Orte ihren Rückhalt gegen die Angriffslust der katholischen in Frankreich gesehen, das noch im Gachnanghandel, wenn auch spät, interveniert hatte. Fanden sie diesen Rückhalt jetzt bei protestantischen Fürsten Deutschlands, so erlitt der Einfluß Frankreichs auf sie, der sich seit Heinrichs IV. Tode sowieso stark verringert hatte, eine gewaltige Einbuße.

Es lag also im Interesse Frankreichs, das Bündnis zu verhindern. Sein Ambassador in Solothurn, Castille, hat es auch versucht. Auf die Konferenz zu Aarau ordnete er seinen Secrétaire-interprête Jean Vigier ab, um zu verhindern, „qu'il ne se passe

rien en Icelle au prejudice de lalliance de France[1])". Vigier[2]) ging in Aarau von einem Gesandten zum andern und gab jedem zu verstehen, wie ... Castille avisiert wäre, daß sie in Praejudicium ihrer Majestät andere Bündnisse mit deutschen Fürsten aufrichten und also ihrer Königl. Majestät nicht trauen wollten, befremdete sich dessen und kommuniziert, sie sollten sehen, was sie täten. Hierauf antworteten die Gesandten mit kurzem Bescheid, sie wären freie Leute und Regimenter, möchten Bündnisse aufrichten, mit wem sie wollten, achteten aber, wenn sie mit einem oder mehreren der unierten Fürsten und Ständen sich verbündlich einließen, daß das nicht gegen die Krone Frankreichs gerichtet wäre, da diese mit jenen auch verbündet sei. — Die Mission Vigiers war mißglückt, und auch in der Folge konnte Castille den Fortschritt der Verhandlungen, den Abschluß des Bündnisses nicht hindern. Viel zu spät war von französischer Seite eingegriffen worden, und als man dann dem Bündnisse entgegenarbeitete, geschah es mit halber Kraft.

Die Gründe hierfür sind wichtig genug, um näher betrachtet zu werden. Zu spät, als der günstige Augenblick in Bern seit langem, in Zürich seit kurzem vorüber war, hatte sich die französische Gesandtschaft eingemischt, zu spät, weil sie erst in den letzten Tagen des Februar oder den ersten des März 1612 von dem geplanten Bündnis erfahren hatte. Der Pest wegen war der Gesandtenposten in Solothurn vom April 1611 bis zum 1. Februar 1612 unbesetzt geblieben[3]). Das hatte, wenn auch Vigier seit dem September als chargé d'affaires fungierte, die Stellung Frankreichs in der Eidgenossenschaft geschwächt. Die französisch gesinnte Partei (für uns kommt besonders die Berns in Betracht) war ihres Rückhalts beraubt, sie wurde geschwächt und konnte

---

[1]) Castille an Puysieux 9. März 1612. Vigier sollte die Städte auch „asseurer de la bonne et perfaite amitié de leurs Ma^tes^ en leur endroict sur lallarme ou ilz sont de lalliance de France avec Espagne".

[2]) So berichtet Rettich, der glaubwürdig erscheint, dem Markgrafen. Der Abschied erwähnt Vigiers Auftreten nicht.

[3]) Diese Angaben nach Rott, Histoire de la représentation etc. Bd. III.

so jener Partei, die den Anschluß an die deutschen Protestanten erstrebte, wenig Widerstand leisten. Dazu kam, daß Vigier jede nähere Fühlung mit den Freunden Frankreichs verloren hatte, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß man erst so spät und zwar nicht durch einen Berner Bürger, sondern durch einen Waadtländer, die erste Kunde von dem geplanten Bündnis erhielt, und daß der neue Ambassador zur genauen Berichterstattung den Obersten Hans Jakob von Diesbach, einen oder den Führer der französischen Partei in Bern, zu sich kommen lassen mußte. Mehr als dreiviertel Jahre war der Einfluß Frankreichs ausgeschaltet gewesen; ungestört hatte in dieser Zeit für das Bündnis gearbeitet werden können, dem Frankreichs Widerstand in Bern, vor allem aber in Zürich, das sich so widerwillig entschloß, recht gefährlich hätte werden können. Man kann mit Recht bezweifeln, ob ohne die lange Vakanz des Gesandtschaftspostens das Bündnis zustande gekommen wäre.

Nach der schroffen Abweisung Vigiers in Aarau hat Castille doch noch nicht an das Zustandekommen des Bündnisses geglaubt. Vor allem erscheint es seinem Selbstbewußtsein als Franzosen undenkbar, daß Zürich, das sich gegen das Bündnis mit seinem König als einziger eidgenössischer Stand noch immer ablehnend verhält, sich mit dem schwachen Markgrafen von Baden verbünden könnte. Immerhin läßt er jetzt durch die französische Partei in Bern gegen das Bündnis arbeiten (Lentulus berichtet davon am 18. und 27. März) und äußert im Privatgespräche dem Zürcher Statthalter Wolff sein unwilliges Erstaunen über Zürichs Absichten. Man hatte in den Städten erwartet (und der Markgraf hatte es gefürchtet), daß der Ambassador sich mit aller Macht dem Bündnisse entgegenstellen werde. Allerlei Gerüchte entstanden über Intrigen Castilles und der Anhänger Frankreichs. Man glaubte, der Ambassador werde selbst nach Bern kommen, um die Regierung zu beeinflussen. Dort aber war die Stimmung fest. Nikolaus von Mülinen schreibt am 29. März an Castiglione, der Ambassador komme ohne Zweifel „en intention de nous faire la loy ou pour brouiller les cartes“.

Doch das werde nichts nützen: „au reste sachez que les vrays courages Allemands cy sont en grand nombre et nont aultre envie sinon de montrer par effect l'affection qu'ils portent aux Princes et Estats de la sainte et treslouable Union“. Auch Lentulus berichtet (23. März), Schultheiß Sager sei der Meinung, die Einmischung des Ambassadors werde nichts mehr schaden, niemand werde die Fortführung des angefangenen Werkes mehr verhindern können. — Der Ambassador wird von dieser Lage der Dinge unterrichtet worden sein.

Immerhin, trat Castille nur mit aller Energie auf, so war das Zustandekommen des Bündnisses doch stark gefährdet. Trotz scheinbarer Zuversicht ist Lentulus deshalb in Sorge und drängt auf raschen Abschluß der Verhandlungen. Die französische Partei in Bern konnte, nachdem sie nun wieder einen Rückhalt hatte, an Kraft und Einfluß zunehmen und ernste Schwierigkeiten bereiten, vor allem aber war zu besorgen, daß Zürich, das sich ja nur nach langem Widerstreben Bern gefügt hatte, nicht ungern auf Vorstellungen Frankreichs hören werde. Dazu aber war vor allem nötig, daß der Ambassador des Königs von Frankreich offen gegen das Bündnis Partei nahm, sich nicht damit begenügte, im geheimen die Anhänger Frankreichs (die in Zürich damals noch kaum eine Partei bildeten) dagegen arbeiten zu lassen.

Eben diese offene und amtliche Parteinahme wollte Castille vermeiden; als die mittelbare Gegenarbeit nichts half, gab er seinen Widerstand auf.

Wir wissen nicht, ob Castille selbständig so handelte oder einem Befehle vom Hofe folgte; es ist dies auch belanglos, denn die Gründe, die die offene Parteinahme widerrieten, mußten in Paris wie in Solothurn zu den gleichen Entschlüssen führen.

Castille befand sich in einer sehr schwierigen Lage, die noch dadurch verschlimmert wurde, daß, wie schon erwähnt, während der Vakanz des Ambassadorpostens die Verbindung mit den Anhängern Frankreichs vernachlässigt worden war, und er selbst der genauern Kenntnis der führenden Männer der einzelnen Orte

und der persönlichen Fühlung mit ihnen entbehrte, die bei den verwickelten Verhältnissen in der Eidgenossenschaft doppelt wichtig war. Frankreich nämlich begegnete bei den katholischen wie bei den evangelischen Orten einem starken Mißtrauen. Schuld daran trug die zwiespältige Politik der Königin-Regentin, die sich einerseits Spanien genähert hatte und anderseits die von Heinrich IV. überkommene Verbindung mit den Protestanten des Auslands nicht aufgeben wollte. Die katholischen Orte der Schweiz waren noch nicht von dem Mißtrauen, das sie gegen die Politik Frankreichs unter dem ehemaligen Hugenotten gehegt hatten, geheilt. Sorgfältig mußte alles vermieden werden, was ihren Argwohn hervorrufen konnte: Castille mußte früher als es ihm lieb war das seuchenfreie aber evangelische Basel verlassen, und gerade den letzten günstigen Augenblick, das badische Bündnis zu hintertreiben, konnte er nicht voll ausnützen: er glaubte, nicht persönlich in Aarau auf der Konferenz der evangelischen Städte erscheinen zu dürfen ,,de peur de donner ombrage aux Cantons Catholiques [1]".

War es bei den katholischen Orten die alte Politik Frankreichs, die auf den Gegensatz zu Spanien beruhte, die sie argwöhnisch machte, so wurden die evangelischen noch viel mehr beunruhigt durch die Anzeichen einer neuen Politik, eines Zusammengehens mit Spanien. Noch war man nicht völlig davon überzeugt, daß Frankreich wirklich ganz mit seinen Traditionen brechen werde, wenigstens nicht alle; aber viele glaubten es: die religiös Interessierteren. Die Geistlichen, berichtet Paschal im Juli 1612 der Königin-Regentin, schrieben sich seit sechs bis sieben Monaten kaum über etwas anderes, als über das spanische Heiratsprojekt und seine Folgen. Die religiös weniger Erregbaren glaubten es zwar noch nicht, doch hegten auch sie starken Argwohn. Man müsse (hier handelt es sich am das Wallis) äußerst vorsichtig vorgehen — so schrieb Castille (im August 1612) an Maria — ,,pour naugmenter lombrage et défiance que les Cantons pro-

---

[1]) Castille an Puysieux 9. März 1612.

testans prennent dorénavant sur les moindres prétextes qui soffrent pour descrier nos actions".

Den protestantischen Kantonen war sehr viel an der Erneuerung des Rhätisch-Venezianischen Bündnisses gelegen. Unter den Auspizien Paschals hatte der Tag von Chur (26. Februar 1612) beschlossen, es nicht zu erneuern. Die evangelischen Städte beschuldigten auf der Aarauer Konferenz Vigier gegenüber offen Frankreich, die Erneuerung hintertrieben zu haben, mit Spanien Hand in Hand zu gehen [1]). Suchte Frankreich mit Macht das Bündnis mit dem Markgrafen zu hintertreiben, so lieferte es den zweiten Beweis, daß es mit Spanien zusammengehen wolle.

Nach dem Tage von Chur bedurfte es nur noch eines weitern Schrittes von seiten Frankreichs, und auch bei den kühler Denkenden war der Argwohn zur Überzeugung geworden: Spaniens Ziele sind auch Frankreichs Ziele, sie haben sich zusammengefunden zur Unterdrückung der Freiheit, zur Ausrottung des Evangeliums. Frankreich wurde, wie Spanien, der Feind. Die evangelischen Städte wurden den Gegnern Spaniens (und nun auch Frankreichs) in die Arme getrieben, nicht nur einem, dem Markgrafen von Baden, sondern allen, der Union, Venedig, den Staaten, England.

Eben dieser weitere Schritt wäre die kraftvolle Opposition des Ambassadors gegen das badische Bündnis gewesen. Er mußte unterbleiben.

Der französische Gesandte mußte sich überlegen, daß das Bündnis entschieden das kleinere Übel sei. Der Markgraf war ein wenig mächtiger Fürst, er stand mit Frankreich in guten Beziehungen, der Freund verband sich mit dem Freunde, worauf auch die Schweizer (wie der Markgraf) hingewiesen hatten. — Freilich schwächte das Bündnis mit ihm im gegebenen Falle die Zahl der verfügbaren Mannschaft in der Schweiz; Frankreich war nicht mehr der einzige Freund der evangelischen Orte. Damit mußte man sich abfinden. Es verschärfte vielleicht die Spannung

---

[1]) Castille an Puysieux 24. März 1612.

in der Eidgenossenschaft, trieb möglicherweise die katholischen Kantone in neue Bündnisse. Da mußte man zu vermitteln suchen. Vielleicht aber machte der Markgraf Schule, die Union nahm ihre Bestrebungen von 1610 wieder auf — das wäre eine Gefahr für Frankreichs Stellung in der evangelischen Schweiz gewesen [1]. Aber bis dahin hatte es noch Zeit, konnte man Mittel und Wege finden. Was der Augenblick erforderte, war, sich die evangelischen Orte nicht völlig zu entfremden, sie nicht den Stati liberi in die Arme zu treiben, sondern sie wieder Vertrauen zu Frankreich fassen zu lassen, auch angesichts der spanischen Heiraten [2].

Castille hat auch die mittelbare Gegenarbeit bald aufgegeben. Während Waser und Lentulus sich zuerst sehr besorgt wegen französischer Intrigen zeigen, schreiben sie schon von Mitte April an nichts mehr darüber. Einzig über den Ärger des Ambassadors über das Bündnis weiß Waser hin und wieder, auch noch nach dessen Beschwörung, zu berichten.

Man hatte erwartet, daß auf der XIIörtigen Tagsatzung am 5. April zu Baden Castille selbst gegen das geplante Bündnis Einsprache erheben oder doch die katholischen Orte [3] veranlassen werde, es ihrerseits zu tun, und man hatte, jedenfalls in Bern, die Gesandten mit Rücksicht auf ihre Stellung zum Bündnisse ausgewählt, obwohl über ennetbirgische Angelegenheiten verhan-

---

[1]) Als 1613 die Union ihr Bündniswerben wieder aufnimmt, schreitet Castille energisch ein. Er warnt Bern in einem Schreiben vom 12. Dezember 1613 vor dem Bündnis mit der Union und droht mit der Verringerung der Freundschaft des Königs. Zürichs „Bedenken" gegen dies Bündnis tragen sehr deutlich die Zeichen der französischen Beeinflussung. (Staatsarchiv Zürich A 175. 1. Nr. 130, 131, 137.)

[2]) Vergl. auch Relation de l'Ambassade de Monsieur de Castille en Suisse en l'année 1616. Archiv f. schweiz. Geschichte Bd. I.

[3]) Spätestens am 24. März hatte man in Luzern Nachricht von der Aarauer Konferenz und der französischen Einmischung, denn an diesem Tage berichtet der Gesandte des Herzogs von Savoyen von Luzern aus seinem Herrn darüber. (Abschriften aus dem Turiner Archiv im Eidg. Bundesarchiv.)

delt werden sollte [1]). Aber Castille blieb in Solothurn und schickte auch die katholischen Orte nicht gegen das Bündnis vor. Es fiel kein Wort darüber. Später dann, auf der Tagsatzung aller XIII Orte, am 1. Juli, auf der Castille sich offiziell vorstellte, ist er in Privatgesprächen auf das Bündnis zu sprechen gekommen und hat sein Mißfallen darüber ausgedrückt, daß Zürich, das das Bündnis mit seinem Könige abgeschlagen, sich jetzt einem Fürsten verbünden wolle, der mit seinem gar nicht zu vergleichen sei. Der Ambassador hatte, wie es scheint, eine größere Ansprache während der Sitzung selbst geplant (außer der in den Abschieden enthaltenen), in der er die Orte in feierlicher Weise vor Bündnissen mit andern Fürsten außer dem Könige von Frankreich warnen wollte [2]). Er hat sie dann nicht gehalten, wahrscheinlich, weil das badische Bündnis nicht mehr zu verhindern und das lothringische schon hintertrieben war, wohl aber auch, um die berechtigte Empfindlichkeit der Eidgenossen zu schonen, die sich ihre Souveränitätsrechte nicht beschneiden lassen wollten, und um sich nicht einer Abweisung auszusetzen, wie sie Vigier in Aarau widerfahren war.

* * *

Zürich hat im Prinzipe dem Bündnisse zugestimmt, der Widerstand Frankreichs erlischt bald — von den katholischen Orten ist irgend eine Kundgebung gegen das Bündnis an die Adresse der Städte nicht erfolgt —, so handelt es sich jetzt nur noch um die langwierigen, aber gefahrlosen Verhandlungen über die Einzelheiten des Bundesbriefes.

---

[1]) Lentulus schreibt Rettich (3. April), zu Gesandten habe man dem Bündnis geneigte Männer genommen. „Princeps legationis ist Obrist von Erlach. Diser ist, wie das frantzösische Sprüchwort sagt, ferré à glace, vnd so die katholischen ort ettwas wolltent fürnemen zu verhinderung vnser sach, wird er ihnen einen dapferen widerstandt thun. Er hatt daß hertz.“

[2]) Sie befindet sich unter den Abschriften der französischen Schreiben im Eidgenössischen Bundes-Archiv (Layette XXXVIII). Auch die geschriebenen Abschiede erwähnen sie nicht und der zürcher Bürgermeister Holzhalb versichert später den badischen Räten, Castille habe nur in Privatgesprächen, nicht aber amtlich sich in Baden über das Bündnis geäußert.

Doch da stellt sich dem Gelingen noch einmal eine Schwierigkeit entgegen. Diesmal geht sie von Bern aus.

Wir haben gesehen, daß Bern sich genötigt sah, zum Schutze gegen Savoyen und dessen Verbündete, da das Frankreich Marias von Medici ein unzuverlässiger Bundesgenosse war, anderwärts Anlehnung zu suchen. Dies hatte dazu geführt, daß Bern den Bestrebungen des Markgrafen von Baden von Anfang an entgegengekommen war. Aber der verhältnismäßig schwache Fürst konnte nicht als Ersatz für Frankreich gelten. Es scheint vielmehr in Bern von vorn herein die Absicht bestanden zu haben, sich nicht mit dem Bündnisse mit dem Markgrafen zu begnügen, sondern es mit seiner Hilfe zu einem Bündnis mit der Union[1]) zu erweitern, worum direkt anzutragen der Berner Stolz verbot.

In mehreren Briefen nach der Aarauer Konferenz (vom März und April 1612) schreibt Lentulus an Rettich, man hege in Bern den Wunsch, der Markgraf möge ihnen Hoffnung machen, daß sie nach Abschluß des Bündnisses mit ihm von der Union um ein Bündnis angegangen würden oder daß doch durch seine Vermittlung wenigstens ein solches mit Kurpfalz und Württemberg zustande käme. Bald läßt Lentulus dann durchblicken, daß es sich hier weniger um einen Wunsch, als um eine Bedingung handle, die Bern für den Abschluß dieses Bündnisses stelle.

Diese Forderung Berns war nicht nur kränkend für das starke Selbstgefühl Georg Friedrichs, der empfinden mußte, wie gering

---

[1]) Wie groß in Bern die Sympathie für die Union war, geht neben dem S. 181 f. angeführten Briefe des Nikolaus von Mülinen auch daraus hervor, daß sechs vornehme Berner im April 1612 der Union ihre Dienste anboten. Es waren dies Nikolaus von Mülinen, zwei von Erlach, Jost von Bonstetten, Nikolaus von Diesbach und Kaspar Willading. Jeder wollte als Hauptmann zweihundert, Mülinen als Oberst dreihundert auserlesene Leute unter seinem Fähnlein führen „vnd sich euffrig nach Eidgnösscher reputation vnd die Kriegsordnung nach niderlendischer Manier halten, sich nach willen des Feldherrn auf alle weis zu rechten sachen in allem respect brauchen laßen“. (Rettich an den Markgrafen, 20. April 1612).

man in Bern seine Macht anschlug, sie war auch gefährlich für das Zustandekommen des Bündnisses selbst.

Versprach der Markgraf in einigermaßen feierlicher Form den Bernern, was sie verlangten, und erfuhr Zürich davon, so war es wohl um das Bündnis geschehen. Nach langem Kampfe war für das Bündnis mit dem Markgrafen allein im Kleinen Rat Zürichs eine Mehrheit entstanden, für ein weitergreifendes Bündnis aber war keine Neigung vorhanden. Zürich habe rund erklärt, sich nur mit dem Markgrafen verbünden zu wollen, schrieb Rettich seinem Herrn (3. April). Die Mehrheit im Kleinen Rate war durch den Druck Berns entstanden, ihm zuliebe, um sich nicht von ihm zu söndern, hatte Zürich seine bisherige Politik aufgegeben. Betrieb nun Bern hinter Zürichs Rücken neue Bündnisse, war es so gemeint, daß Zürich, indem es sich einmal Berns Willen gefügt hatte, damit auch in alles einwilligen sollte, was Bern weiter belieben würde, so mußte es sich betrogen fühlen. Es mußte sich sagen, daß es von Bern und Baden arglistig in eine Bündnispolitik hineingeführt werden sollte, deren Grenzen und Folgen nicht abzusehen waren. Die Neutralitätspartei hätte wieder die Oberhand gewonnen, und das Bündnis auch mit dem Markgrafen allein wäre abgelehnt worden.

Wir können annehmen, daß man sich in Bern darüber klar war, welche Wirkung ein solches Vorgehen auf Zürich haben werde. Weshalb man es dennoch nicht unterließ, können wir nicht feststellen, da unsere Quellen darüber keinen Aufschluß geben.

Die Dürftigkeit der Quellen läßt uns auch über die Stellung des Markgrafen einigermaßen im Unklaren. Er beauftragt Rettich im Anfang wiederholt, festzustellen, was für eine Bewandtnis es mit dem durch Lentulus übermittelten Wunsche habe. Rettich soll erklären, sein Herr sei gerne bereit, wie es einem Bundesgenossen gezieme, ihr Bundesbegehren auf einem Tage der Union vorzubringen. Zuerst aber, so ist das wohl zu verstehen, will er ihr Bundesgenosse sein. Vom 18. bis zum 25. April weilte Rettich in Bern. Er sollte wohl vor allem dahin wirken, daß Bern die spätere Ausdehnung des Bündnisses auf andere protestantische

Staaten Deutschlands nicht zur Bedingung machte. Einigermaßen entgegengekommen ist der Markgraf Berns Verlangen doch; in der Antwort auf einen „Fürtag" Rettichs vor dem Kleinen Rat dankt dieser Sr. Fürstl. Gnaden, die versprochen habe, „vff ervorderung vnd ermanung gegen inen (den Bernern) das zeleisten, was die Bündtnus vermag, vnd auch Ire vertrawten Fründ darzu zu bewegen vnd m. H. bis vffs vsserst zuzestan." [1]). Daraus ergibt sich auch, daß Lentulus nicht etwa das Sprachrohr einer Partei, sondern der Regierung selbst war, als er Rettich jenes Verlangen mitteilte.

Von jetzt ab hören wir nichts mehr von dieser Angelegenheit, sei es auch Mangel an Quellen (die Berichte Rettichs an den Markgrafen sind von Anfang Mai ab nicht mehr erhalten), sei es, daß sich Bern zufrieden gab. Wie die Gesandten der Städte zur Beschwörung des Bündnisses in Durlach sind, kommt der Markgraf auf die spätere Ausdehnung des Bündnisses auf die ganze Union zu sprechen. Nun antwortet ihm aber ein Zürcher, denn Zürich als Vorort stellt in Bürgermeister Holzhalb den Führer der Gesandtschaft. Dieser lehnt das Ansinnen ab, indem er auf den Entschluß der Städte vom Jahre 1610 hinweist. Aus Höflichkeit wohl nur verspricht er, den Regierungen der Städte Mitteilung davon zu machen [2]).

* * *

Bei den Verhandlungen über die näheren Bestimmungen des Bündnisses war wieder Rettich tätig, der sich fast die ganze Zeit über in der Schweiz, und zwar hauptsächlich in Zürich, aufhielt.

---

[1]) Substantzliche Antwort myner Gn. H. vf Ir F. Gn. Margr. von Baden schryben vnd synes abgesandten Herrn Rettich fürtrag (ohne Datum). Es ist weder Rettichs Rede selbst, noch die Instruktion für sie oder ein Bericht über sie erhalten.

[2]) Im folgenden Jahre, 1613, erfolgte dann doch ein Bündnisvorschlag der Union, dann wieder 1617, und 1619 wurde, wie es scheint, ein solcher vorbereitet. Ob Bern den Anstoß dazu gegeben, ist nicht festzustellen; an Zürichs Weigerung, das darin stark von Frankreich beeinflußt wurde, scheiterten auch diese Versuche.

Basel und Schaffhausen, die der Markgraf auch nach der Aarauer Konferenz noch für das Bündnis zu gewinnen gehofft hatte [1]), erklärten ihm (am 21. und 23. Mai) endgiltig, daß sie sich nicht mit ihm verbünden könnten, versicherten ihn aber aller guten Nachbarschaft.

Die Verhandlungen schritten nur langsam vorwärts; erst Mitte Juli waren sie beendet. Der Markgraf war oft ungeduldig geworden und hatte mehr als einmal geargwöhnt, die Städte wollten die ganze Angelegenheit verschleppen, um sie dann schließlich im Sande verlaufen zu lassen. Rettich macht ihn wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Verhandlungen mit den Schweizern, vor allem auch der Konferenzen wegen, so langsam verliefen. Bern, mit seinem „aristocratico regiment" könne zwar schnell Beschlüsse fassen, wegen des „democratico regiments" in Zürich aber ginge es dort viel langsamer. Dann klagt aber auch er, besonders über die „lawheit" Zürichs, wo noch eine starke Partei und in dieser vor allem zwei mächtige Männer dem Bündnisse abgeneigt seien. [2])

---

[1]) In Basel war Rettichs Werben durch Castiglione, der dort seit 1602 verburgert war (Staatsarchiv Zürich B. V. 39), unterstützt worden. In Schaffhausen hatte Rettich, unterstützt durch Empfehlungsbriefe Wasers an Johannes Im Thurn und den Antistes Johannes Jetzler, den Rat zu bearbeiten versucht, hatte aber nichts weiter erreicht, als daß Schaffhausen die Konferenz vom 15. Mai beschickte, was es zuerst verweigert hatte.

[2]) Rettich berichtet dem Markgrafen nicht, wer zu den Parteien gehörte; er schreibt überhaupt wenig über einzelne Männer. Nur folgendes können wir seinen Berichten entnehmen. Dem Bündnisse geneigt sind der Bürgermeister Rahn, „des wercks fürnembster director" und der Pannerherr Hans Heinrich Holzhalb; abgeneigt vor allem der Stadtschreiber Grebel (sehr wahrscheinlich einer jener zwei), und dann wohl auch der Bürgermeister Leonhard Holzhalb, dem Rettich zum mindesten mißtraut. Mehr erfahren wir nicht. Sehr auffallend ist es, daß Breitinger in keinem einzigen Briefe erwähnt wird. Seinem Sinn gemäß war das Bündnis auf jeden Fall. Sollte er sich völlig zurückgehalten oder aber sich Wasers bedient haben?

Als im Jahre 1614 das Volk über die Bündnisse, die sich zu häufen drohten, murrte, wollte man die Schuld auf die Geistlichkeit schieben: diese habe das badische Bündnis betrieben und dadurch das französische unabweisbar gemacht. Breitinger behauptet darauf hin in dem Fürtrag

Vielleicht hatte man dort auch etwas von den weiteren Bündnisabsichten Berns erfahren und zögerte, bis man wußte, woran man war.

Der Markgraf hatte den verlangten Bündnisentwurf am 4. April an Zürich geschickt; dieses teilt ihn in Abschriften am 14. den drei andern Städten mit. Bern wünscht nun eine Konferenz in den Tagen nach Ostern [1]), Zürich aber setzt sie, unterstützt von Basel, auf den 15. Mai an. Im Kloster Königsfelden einigten sich die Gesandten Zürichs und Berns in Gegenwart — wie es die Zürcher Instruktion verlangt hatte — der Gesandten von Basel und Schaffhausen über einen Gegenvorschlag [2]), der die Genehmigung der beiden Kleinen Räte findet und unter Zürichs Siegel am 29. Mai an den Markgrafen abgeht. Schon am 5. Juni übersendet dieser Zürich einen neuen Bündnisentwurf und nun beraten nur noch Zürich und Bern über ihn [3]). Ein neuer Gegenvorschlag wird dem Markgrafen übersandt; da dieser aber der Kaiserwahl wegen sich in Frankfurt befindet, kann er erst nach der Rückkehr zu seiner Kanzlei antworten. Am 7. Juli schickt er Rettich, damit dieser ihn der Regie-

---

vom 30. Januar/9. Februar 1614 (Breitinger-Biographie, in dem vom Verf. benützten Exemplar [Stadtbibl. Zürich Ms. B 275] S. 175), die Geistlichkeit habe sich nicht eingemischt, Rücksicht auf Bern habe die Ratsherrn dem Bündnisse zustimmen lassen. — Einer der Geistlichen jedenfalls hatte eifrig für das Bündnis gearbeitet: Waser. Auffallend ist ferner, daß wir Leonhard Holzhalb, der 1607 Venedig so geneigt war, und Grebel, später Breitingers Vertrauensmann in den geheimen Verhandlungen mit den Schweden, unter den Gegnern des Bündnisses finden. Vielleicht waren diese beiden französischen Einflüssen zugänglich, doch ist dies nur eine Vermutung, für die wir keine Beweise erbringen können. Von Bern berichtet Rettich einzig, daß es dort eine französische Partei gäbe, einen Namen nennt er nicht. Den des Obersten Hans Jakob von Diesbach erfahren wir durch Castille; es ist der einzige.

[1]) Ostern a. St. fiel auf den 12./22. April.

[2]) Abschiede V. 1. S. 1078.

[3]) Konferenz von Zürich, Bern und evang. Glarus zu Zürich am 19. Juni 1612. Abschiede V. 1. S. 1083, doch ist dort nichts davon erwähnt. Bern hatte (neben Seckelmeister Stürler) wieder den eifrigsten Förderer des Bündnisses, den Oberst Anton von Erlach, abgeordnet.

rung übergebe, den dritten Bündnisentwurf, in den er, wie er seinem Agenten schreibt, verglichen mit dem letzten Gegenentwurf der Städte „in substantialibus gar nichts, auch sonsten wenig, darzu allein um der erleuterung willen, hineingerückt" habe. Rettich, befiehlt er, solle sich Mühe geben, daß es jetzt bei diesem Text bleibe, und daß das Bündnis bald beschworen werde.

Es blieb bei diesem Texte [1]). Aber es waren harte Bedingungen, auf die der Markgraf hatte eingehen müssen. Man hatte Rettich in den Städten von vornherein zu verstehen gegeben, daß man gewohnt sei, Bündnisse mit einigem „übernutz" abzuschließen. Und man hatte, obwohl der Markgraf einiges hatte abhandeln können [2]), sich einen beträchtlichen „übernutz" zu wahren gewußt. Die Hülfe der Städte sollte aus zweitausend Mann Fußvolk, die des Markgrafen aus fünfhundert Kürassieren und fünfhundert Musketieren bestehen. Der Markgraf sollte die von ihm gesandten Hülfstruppen während der ganzen Kriegsdauer aus eigenen Mitteln besolden; die Soldauslagen für die zwei ersten Monate sollte er nicht, die für die übrigen Monate binnen fünf Jahren ohne Zinsen von den Städten zurückerhalten. Die Städte hingegen sollten den Sold für die zwei ersten Monate für ihre dem Markgrafen geschickten Truppen diesem nur leihen (und hier auf eine zinslose Rückgabe binnen drei Jahren). Die übrige Zeit mußte der Markgraf das Schweizer Regiment direkt besolden (und zwar unter allen Umständen für mindestens drei Monate).

Der Markgraf war verbunden, immer die volle Hilfe der Städte zu berufen, während es ihnen freistand, sich mit der Hälfte von seiner Seite zu begnügen oder auch die Hilfe in einer den Kosten der Truppen entsprechenden Geldzahlung zu fordern, wobei wiederum der Betrag für die ersten zwei Monate nicht zurückzuerstatten war [3]).

---

[1]) Abgedruckt Abschiede V. 1. S. 1946—1950.

[2]) Die Städte hatten den Markgrafen unter anderem zum Schutze Mülhausens verpflichten wollen.

[3]) Der Sold war berechnet für die 2000 Mann Fußvolk der Städte nebst Offizieren auf 20 200 Gulden, für 500 Kürassiere nebst Offizieren auf 7500 Gulden, für 500 Musketiere nebst Offizieren auf 5000 Gulden monatlich.

Der Markgraf muß sich stark bedroht gefühlt haben, um ein Bündnis einzugehen, das gegebenenfalls so hohe Anforderungen an die Finanzen seines Landes stellte, die durch eigene starke Rüstungen schon stark in Anspruch genommen waren [1]).

Bei der Frage, in welcher Form der Markgraf seine Hilfe leisten sollte, worüber vor allem in Königsfelden beraten wurde, trat wieder der Gegensatz zwischen den Städten, verursacht durch ihre verschiedene militärisch-politische Lage, zutage. Zürich hätte eine Hilfe in Geld oder dann in Fußvolk am liebsten gesehen. Seine mutmaßlichen Gegner waren die inneren Orte, gegen welche es keiner Reiterei bedurfte. Bern aber wollte „Rüter vnd khein Fußvolck" [2]). Sein gefährlichster Gegner, Savoyen, verfügte über moderne Kavallerie, der Bern nur etwa hundert Reiter entgegenstellen konnte [3]). Man einigte sich so, daß man sich die Wahl zwischen Geld- und Truppenhilfe vorbehielt und diese auf gleich viel Reiter wie Musketiere ansetzte.

Es blieb bei dem Text; am 16. Juli genehmigt ihn in Zürich [4]), am 20. in Bern der Große Rat einstimmig. Feierlich zog eine Gesandtschaft der Zürcher und Berner an den markgräflichen Hof und beschwor dort am 29. August das Bündnis. Darauf ritt eine Gesandtschaft des Markgrafen nach Zürich und von dort nach Bern, wo der Rhein- und Wildgraf Otto im Namen Georg Friedrichs das Bündnis beschwor. In Durlach, wie in Zürich und Bern suchte man durch glänzende Feste dem neuen Verbündeten Ehre anzutun und ihm durch Zurschaustellen möglichst vieler Soldaten eine mög-

---

[1]) Im Jahre 1617 verfügte der Markgraf über „15,000 Mann wohlausgebildeter und ausgerüsteter Truppen". v. Weech a. a. O. S. 310.

[2]) Aus einer Art Protokoll der Königsfelder Konferenz (Staatsarchiv Zürich).

[3]) Vgl. v. Rodt, Geschichte des Bernischen Kriegswesens, Bern 1831; Bd. I, S. 36 ff. Auch Heinrich Waser (Archivum Helveticum Bd. II, S. 192) berichtet vom Jahre 1613, daß Bern über 100 Reiter verfüge.

[4]) Eine Volksanfrage fand, wie schon beim Bündnis mit Straßburg, nicht statt.

lichst hohe Meinung von der eigenen militärischen Macht beizubringen [1]).

* * *

Wir haben zu Anfang schon gesagt, daß es zu einer Hilfeleistung kraft des Bündnisses nicht gekommen ist. Dennoch können wir in einem Falle dem Bündnisse eine bedeutende Wirkung in der auswärtigen Politik nicht absprechen: es erleichterte die Aussöhnung Berns mit seinem gefährlichsten Gegner, mit Savoyen.

War auch das Bündnis mit der Union nicht zustande gekommen, so war doch Berns Verhältnis zu ihr sehr freundschaftlich, und Berns Bundesgenosse, Georg Friedrich von Baden, bestimmte zum guten Teil ihre Politik. Savoyen und die Union hatten sich unter reger Anteilnahme gerade des Markgrafen einander genähert [2]). Berns Gebiet lag zwischen beiden. Bedrohte dieses nicht mehr Savoyen, gewährte vielmehr den Durchzug, so war viel gewonnen: die Möglichkeit, sich Truppen zuzusenden, und der letzte Zugang zu Italien. Es ist bekannt, daß der englische Gesandte in Turin, Isaac Wake, sich eifrig bemühte, die Aussöhnung zwischen Bern und Savoyen zustande zu bringen und daß sie ihm schließlich auch gelang. Er war hierbei aber weniger als Gesandter Englands [3]), als

---

[1]) Der Ritt der schweizer Gesandtschaft von Basel über Müllheim, Sulzburg, Freiburg, Lahr, Rastatt nach Durlach, die Festlichkeiten daselbst, die Rückkehr über Straßburg nach Basel, der Zug rheinaufwärts nach Schaffhausen und von dort gemeinsam mit den badischen Abgesandten nach Zürich, die dortigen Festlichkeiten, der Ritt nach Bern und die Festlichkeiten in der Aarestadt sind — wahrscheinlich von einem Zürcher — sehr ausführlich beschrieben worden. In Heinrich Wasers „Archivum Helveticum“, Bd. II, S. 152 (Stadtbibl. Zürich Ms. A. 7. b.) und in andern Chroniken finden sich Abschriften davon.

Siehe auch Bluntschli-Hottinger a. a. O. S. 216 f.

[2]) Vgl. Moriz Ritter, Deutsche Geschichte 1555—1648, 2, 451 f.

[3]) Jakob des Ersten Interesse für Savoyen, das mit Spanien, mit dem er stets liebäugelte, im Kampfe lag, war nicht groß, sehr gering sein Eifer für die Sache der Stati liberi.

der Union tätig. Der englische König lieh, kann man sagen, seinen Gesandten dem verwandten Pfälzer Kurfürsten, der der Direktor der Union war, die weder in den Schweizerstädten noch in Turin einen Gesandten unterhielt. Mit Heidelberg vor allem korrespondierte Wake, als er an der Vermittlung arbeitete[1]), und Mansfeld, zugleich Offizier der Union wie Karl Emanuels, führte 1617 durch Berns Gebiet Savoyen Truppen zu Hilfe[2]).

Zum Schlusse müssen wir noch eine weitere Bedeutung des Bündnisses, so, wie es zustande kam, erwähnen. Die eine Folge davon, daß Zürich sich Berns Willen fügte, waren die Bündnisse mit Frankreich und Venedig. Anderer Art war die andere. Dadurch, daß Zürich sich Berns Willen fügte, daß es ebenso wie dieses Kontrahent des badischen Bündnisses wurde, daß die Städte als ein Ganzes auftraten, band es Bern in allen Fragen dieses Bündnisses und in denen, die damit zusammenhingen, an seine Zustimmung. Zürich fügte sich Bern und gewann dadurch für die Zukunft Macht über es. So konnte es Bern am Bündnisse mit der Union hindern. — Schlug Zürich das badische Bündnis aus, und Bern, wonach es den Anschein hatte, verbündete sich allein dem Markgrafen, so hätte der hemmende Einfluß Zürichs gefehlt, das Bündnis mit der gesamten Union wäre gefolgt. Christian von Anhalt, der projektemachende und angriffslustige Leiter der Pfälzer Politik (und, soweit er es konnte, auch der der Union), Georg Friedrich von Baden, der kriegsbereite und zornmütige Fürst, und mit diesen verbündet das kriegstüchtige Bern mit seinem kriegslustigen Adel,

---

1) Reste dieser Korrespondenz finden sich zerstreut in den „Akten und Tomen des 30jährigen Krieges" im Allgemeinen Reichsarchiv in München.

2) Schon bei den Verhandlungen zwischen Bern und Savoyen, die auf Anregung des Wallis im Frühjahre 1615 stattfanden, hatte sich Bern an Kurpfalz und Baden gewendet; diese hatten ihm Aussöhnung und Bündnis angeraten, und im Juli desselben Jahres hatte der Markgraf Rettich eigens nach Bern geschickt, um zu erwirken, daß dieses den Truppen des Grafen Johann von Nassau, der Savoyen zu Hilfe ziehen wollte, den Durchzug gewähre. (Staatsarchiv Bern, Savoy-Buch F. S. 311 ff., Teutsches Missiven-Buch WW Nr. 478 ff.)

wohin hätte das geführt? Wohl zum Kriege. Zum Kriege nicht mit Savoyen, was dem Interesse der protestantischen Fürsten zuwider gewesen wäre, viel eher aber zum Kriege gegen die innern Orte. Der Berner Groll, denen es schon oft in der Faust gezuckt hatte, hätte sich endlich Luft machen können, und — wenn es gelang — hatte man den Gotthard den Truppen Spaniens gesperrt.

Und wenn es nicht so weit gekommen wäre, eins ist sicher, das Sonderbündnis Berns mit Baden und dann der ganzen Union hätte das lockere Band, das die vier evangelischen Städte umschloß, zerrissen. Indem Zürich dem Bündnis beitrat, leitete es zwar seine Politik auf ungewisse Bahnen, aber es verhinderte die Spaltung der evangelischen Eidgenossenschaft.

Exkurs.

Das Bündnis mit dem Markgrafen von Baden bedeutete für Zürich den Bruch mit der bisher befolgten Neutralitätspolitik.

Indem Zürich nebst Bern mit dem Markgrafen von Baden 1612 ein Bündnis schloß, fiel es „von dem fast 100 Jahre lang strenge befolgten und auf Zwinglis erste politische Lehren zurückgeführten Grundsatz, sich fremder Bündnisse zu enthalten“ [1], ab. „Der Schule der besonnenen und ältern Staatsmänner, die an den Grundsätzen, durch welche Zürich seit dem Kappelerfrieden sich leiten ließ, festhielten, an deren Spitze der Bürgermeister Rahn stand, trat eine unruhige, in ihrer Moral weniger zuverlässige Partei gegenüber, die an dem zweiten Bürgermeister, Leonhard Holzhalb, und einigen andern Mitgliedern seiner Fa-

[1]) P. Schweizer, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 222.

milie ihre Hauptsprecher fand“[1]). Von dieser Seite sei man dem Markgrafen entgegengekommen.

So wäre das Bündnis zum mindesten ermöglicht worden durch eine Abwandlung des Geistes in Zürichs leitenden Kreisen, durch ein Sinken der Moralität, die eben auch zur Verachtung von Zwinglis erster moralisch-politischer Lehre führte.

Wir haben gesehen, daß die Neutralitätspartei in Zürich vor allem dem Willen Berns wich und daß dieser begründet war in der äußeren politischen Lage, die auf Zürich nicht so intensiv wirkte wie auf Bern, die für Zürich nur die Form einer Bedrohung der religiösen Freiheit annahm. Eine Gefahr, die anders zwar als eine territoriale auf die leitenden Männer wirkte, zu deren Abwendung aber von jeher die Menschen Gut und Blut drangesetzt haben. Es fragt sich nun, wieviel der Abschluß des Bündnisses mit der Moralität und politischen Besonnenheit der es fördernden Zürcher Staatsmänner zu tun hat, inwieweit es ein Verstoß gegen Zwinglis erste politische Lehre ist. Beginnen wir mit dieser.

Zwingli hat die fremden Bündnisse verdammt, weil er ihren entsittlichenden Einfluß auf sein Volk sah. Zwingli hat selbst in seinen letzten Jahren einen umfassenden Bund gegen Spanien-Österreich angestrebt, mit dem Landgrafen von Hessen ein Bündnis zustande gebracht. Man hat darin einen Widerspruch erblickt und zwischen Zwinglis e r s t e r Lehre und seiner s p ä t e r e n Politik unterschieden.

Wir müssen zwischen Bündnis und Bündnis unterscheiden. Ein Bündnis erhält seine sittliche Wertung durch den Zweck, zu dem es geschlossen wird. Ein Soldbündnis, das nicht viel anderes als eine Militärkapitulation ist, läßt sich moralisch nicht recht-

---

[1]) Bluntschli - Hottinger, Geschichte der Republik Zürich, 3. Bd., S. 215. Da Hottinger die badischen Akten nicht kannte, konnte er nicht wissen, daß gerade umgekehrt Rahn dem Bündnisse sehr geneigt, Holzhalb ihm eher abgeneigt war.

fertigen[1]). Kein wahres Interesse des Vaterlandes bewegt die regierenden Männer, ihm ihre Zustimmung zu geben, sie müssen erkauft werden. Die ausziehende Mannschaft kämpft für einen ihr im Grunde gleichgiltigen Zweck, nicht für einen ethischen Wert, der allein das Blutvergießen rechtfertigt: für das Vaterland, die Freiheit oder die Religion. Für einen hohen ethischen Wert aber tritt man ein, für Religion und Freiheit, wenn man um einen drohenden Angriff, dem allein zu begegnen man sich zu schwach fühlt, abzuwehren, sich mit einem anderen Staate verbindet. Ein solches Bündnis, das gemeinsame hohe Interessen schaffen, ist moralisch gerechtfertigt. Noch mehr, ein solches Bündnis einzugehen, kann Pflicht sein, denn letzten Endes ist es die vornehmste Pflicht des Staates, sich selbst zu erhalten, nicht nur in seiner territorialen Gestalt, sondern auch in seiner geistigen, wie er sie sich selbst geschaffen hat.

Unterscheiden wir so zwischen Bündnis und Bündnis, so löst sich der Widerspruch in Zwinglis Verhalten: Soldbündnisse sind unmoralisch, er hat sie immer bekämpft; Bündnisse zur Verteidigung eines ethischen Gutes sind zulässig, läuft man Gefahr, es ohne fremde Hilfe zu verlieren, so sind sie Pflicht, Zwingli hat sie gewünscht.

War es nun auch nicht wirklich Zwinglis Lehre, sich von allen Bündnissen fernzuhalten, so wurde es doch als seine Lehre angesehen und man handelte danach. — Man handelte zuerst wohl weniger so, weil es Zwingli gelehrt haben sollte, als weil die Umstände es fügten, daß man so handeln mußte.

Die weit ausgreifende Politik Zürichs war im zweiten Kappelerkrieg gründlich gescheitert. Die Stadt war eingeschüchtert, sie zog sich auf sich selbst zurück, vermied es, sich in etwas einzulassen, was Verwicklungen nach sich ziehen konnte. Diese Re-

---

[1]) Dies gilt vor allem, worum es sich hier ja auch handelt, für das reichere Zürich; für die ärmeren Orte waren allerdings die Soldbündnisse aus volkswirtschaftlichen Gründen ein notwendiges Übel.

signation in der auswärtigen Politik war nicht die Frucht einer Lehre, sondern war die Folge der Niederlage. Nicht unmoralisch waren Bündnisse, aber gefährlich — oder man mochte sie unmoralisch nennen, um den eigenen Kleinmut zu verdecken.

Das moralische Bedenken gegen Soldbündnisse, Zwinglis wahre Lehre, vereinigte sich mit der ängstlichen Zurückhaltung in der auswärtigen Politik, aus dem Grundsatze, keine Soldbündnisse einzugehen, wurde der Grundsatz, sich in keine (fremden) Bündnisse, gleich welcher Art, einzulassen.

Wenn Zürich gegen diesen Grundsatz, der eben nicht mehr der Zwinglis war, verstieß, so können wir nicht davon reden, daß deshalb die Moralität seiner regierenden Männer geringer gewesen wäre. Ein Bündnis zur gegenseitigen Unterstützung in der Verteidigung der religiösen und politischen Freiheit ist sittlich einwandfrei; die Regierung brauchte nicht bestochen zu werden [1]), die ausziehende Mannschaft kämpfte auch auf fremdem Boden für ihr eigenes ideales Gut.

War es nicht Mangel an Moralität, so war es doch Mangel an politischer Besonnenheit, der die Zürcher Regierung das Prinzip, keine fremden Bündnisse einzugehen, aufgeben ließ: „die Schule der besonnenen und älteren Staatsmänner" war in die Minderheit geraten. — Der Zustand der völligen Zurückhaltung in auswärtigen Dingen konnte nicht auf die Dauer bestehen bleiben. Ein Staat, der sich nicht selbst aufgibt, kann nicht in politischer Resignation verharren, besonders nicht, wenn er einen Gegner hat, der seine Stellung zu stärken sucht. Die Regierung eines Staates kann sich in ihren Entschlüssen nicht von einer Doktrin beherrschen lassen, sondern muß Realpolitik treiben. Ihre politischen Maßnahmen sind — vor allem solange sie in der politischen Defensive verharrt — abhängig von den Maßnahmen derer, in denen sie den möglichen Feind sieht.

---

[1]) Aus den badischen Akten ergibt sich, daß Rettich bei seinem Aufenthalt in der Schweiz so wenig Geld gebraucht hat, daß tatsächlich irgendwie namhafte Bestechungen nicht vorgekommen sein können.

Auch Zürichs Regierung hat in Wirklichkeit nicht anders gehandelt, auch nicht unter dem Einflusse von Zwinglis Lehre. Auch sie hat Bündnisse geschlossen als Gegenspiel gegen die Bündnisse der katholischen Orte. Bündnisse naturgemäß zuerst mit den nächstgelegenen Staaten, die zum größten Teil noch innerhalb der Eidgenossenschaft (im weiteren Sinne), aber auch schon über ihre Grenzen hinaus lagen. Wie die katholische Restauration immer drohender ihr Haupt erhebt, kann auch Zürich in seiner Zurückhaltung nicht länger verharren; in rascher Folge schließt es zusammen mit andern evangelischen Ständen Bündnisse mit Genf (1584), mit Straßburg (1588), mit dem Zehn Gerichten-Bund (1590), rafft sich, vereint mit den evangelischen Städten, zu einer wirklichen Tat auf, zum bewaffneten Einschreiten in Mülhausen (1587). Dann folgt eine ruhigere Zeit. In Frankreich war im Jahre 1593 Heinrich IV. zur wirklichen Herrschaft gelangt; solange er regiert, fühlt man sich von der Gegenreformation nicht ernstlich bedroht: Zürich schließt keine weiteren Bündnisse. Mit dem Tode Heinrichs IV. aber setzt eine Zeit starker Beunruhigung ein, die Gefahr drängt zu weiteren Bündnissen, und zwar, da man innerhalb der Grenzen der Eidgenossenschaft mit allem, was evangelisch, schon verbündet ist, über die Grenzen hinaus, zu Bündnissen mit fremden Fürsten und Herrn. Dem Werben der Union widersteht man, aber Georg Friedrich, Markgraf von Baden, und Marcus Antonius Memmo Dei gratia dux Venetiarum und seine Republik werden die Bundesgenossen Zürichs [1].

Den Boden der Neutralität — im damaligen Sinne — verließ man damit noch nicht [2]) und dachte nur an die Verteidigung, nicht, wie zwei Jahrzehnte später, an den Angriff.

---

[1]) Das Bündnis mit Frankreich (1614) gehört seiner Natur nach nicht hierher, es wurde nicht im Interesse der Freiheit geschlossen, sondern war ein Soldbündnis. Unter dem Widerstand gerade derjenigen, die das badische Bündnis befürwortet hatten, kam es zustande, es war aber nach dem Bündnis mit einem andern fremden Fürsten unabweisbar geworden.

[2]) Vgl. P. Schweizer, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, S. 42 f. und 49.

Es ist nicht mangelnde Moral, es ist nicht politischer Leichtsinn, der Zürich zu dem Bündnisse mit dem Markgrafen treibt, es ist die Notwendigkeit, die die politischen Entschlüsse diktiert, die den freien Willen zwingt[1]).

---

[1]) Dierauer (Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 3. Bd.) nähert sich einenteils der hier vertretenen Auffassung, indem er darauf hinweist, daß das Bündnis eine Folge der Umgestaltung der politischen Konstellation in Europa und ihrer Wirkung auf die Schweiz war (Unter „diesen Umständen (Annäherung Frankreichs an Spanien und erneute Angriffsgelüste Savoyens) durften sich die evangelischen Orte, voran Bern, wohl berechtigt glauben, ihre Stellung durch neue äußere Verbindungen zu verstärken.“ S. 449). Andernteils schreibt er (S. 451), Zürich habe bis zum französischen Bündnisse vom Jahre 1614 im Geiste Zwinglis allen Lockungen der französischen Diplomaten widerstanden, doch sei seine äußerlich herbe Tugend nicht fleckenlos gewesen. „Die Beteiligung am Straßburger Bündnis vom Jahre 1588 vertrug sich schwer mit der prinzipiellen Ablehnung aller fremden Allianzen, und von diesem Standpunkte war auch der mit dem Markgrafen von Baden errichtete Bund nicht einwandfrei.“ Danach entspräche die prinzipielle Ablehung a l l e r fremden Allianzen dem Geiste Zwinglis; — die grundsätzliche Unterscheidung zwischen dem Soldbündnisse und dem aus gemeinsamen Interessen hervorgegangenen Verteidigungsbündnisse fehlt.

Quellennachweis.

Benutzt wurden:

1. Die Akten des Badischen General-Landesarchives, Personalien Baden-Durlach, Georg Friedrich. Beziehungen zum Ausland (Schweiz). Diese sind die Hauptquelle für die Unterhandlungen vom Januar bis Mai 1612, da sie die Berichte des Agenten Rettich enthalten. Für die Zeit vor dem Januar und nach dem Mai 1612 finden sich in Karlsruhe keine Akten.

2. Aus dem Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt der Band Politisches O 1, der (konfiszierte) Manualakten des badischen Agenten Rettich enthält. Es sind dies die Befehlschreiben des Markgrafen, sowie einige Briefe des Lentulus und Waser vom Januar 1612 an bis zum Schlusse der Verhandlungen.

3. Aus der Stadtbibliothek Zürich eine große Anzahl von Manuskript-Bänden, die, nur zum Teil paginiert, Briefe und anderes aus dem Nachlasse Kaspar Wasers enthalten. Auch in den Bänden der Simmler-Sammlung (für das Jahr 1612) fanden sich mehrere wichtige Originalbriefe an Waser. Diese Briefe (von und an Lentulus, Rettich, Im Thurn, Castiglione u. a. m.) geben allein Auskunft über die Verhandlungen vor dem Januar 1612 und über die Stimmung in Zürich.

4. Aus dem Staatsarchiv des Kantons Bern die im Teutschland-Buch Q befindlichen Akten, das Teutsche Missiven-Buch UU, das Instruktions-Buch O, die Ratsmanuale und Abschiede.

5. Aus dem Staatsarchiv des Kantons Zürich die Akten des Teks A 180 i, das Instruktions- und das Abschiedsbuch. (Die Ratsmanuale enthalten nichts.) Hier, wie im Berner Archiv befinden sich nur die wenigen amtlichen Schreiben, aus denen allein man ein unrichtiges Bild über den Gang der Verhandlungen bekäme.

6. Aus dem Eidg. Bundesarchiv die französischen, venezianischen und savoyischen Abschriften der betreffenden Zeit.

Das Staatsarchiv des Kantons Luzern, das Stadtarchiv in Straßburg i. E., das Kgl. Geheime Staats- und das Kgl. Allgemeine Reichsarchiv in München boten für die Entstehung des Bündnisses nichts.

Von Quellenpublikationen wurden einzig die Eidgenössischen Abschiede benutzt; die „Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ enthalten nichts über die Entstehung des Bündnisses.

Von den Chronisten erwähnt Stettler (auch im Manuskript) das Bündnis nur. Heinrich Waser, in seinem Archivum Helveticum, Bd. 2 (Stadtbibliothek Zürich Ms. A. 7. b.) ist ausführlicher, doch, wohl aus Rücksicht auf seinen Vater, den badischen Vertrauensmann, ungenau. In Breitingers Biographie finden wir eine Begründung des Bündnisses, die aber ihrer Tendenz wegen (siehe oben, S. 190, Anm. 2) mit Vorsicht zu benutzen ist[1]).

Kürzere Darstellungen hat das Bündnis bei Tillier, Geschichte des eidg. Freistaates Bern, Bd. IV, S. 35 f., Bluntschli-Hottinger, Geschichte der Republik Zürich, Bd. III, S. 213 ff. und Hagen, Die auswärtige Politik der schweizerischen Eidgenossenschaft, vornehmlich Berns, in den Jahren 1610—1618, S. 15 f. (Berner Kantonsschul-Programm 1864) gefunden. Hagen hat einzig das Material des Berner Staatsarchivs benutzt. Die neuern Darsteller haben sich an ihn gehalten, auch v. Weech in seiner Badischen Geschichte (S. 308 f.). Endlich ist noch zu erwähnen Rott, Histoire de la représentation de la France auprès des cantons Suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés, Bd. III. 1. S. 70 ff., der sich eng an seine nicht sehr zuverlässigen französischen Quellen hält.

---

[1]) Der betreffende Abschnitt aus der heute nahezu vergessenen Chronik und aus Breitingers Biographie ist als Anhang beigegeben.

Anhang.

I.

Archivum Helveticum des Heinrich Waser.

II. Bd., S. 103 f. (Stadtbibliothek Zürich, Ms. A 7 b.)

Es hat dißer Zeit stark continuiert die apprehension etlicher Teütscher Fürsten, daß von Rom nacher Hispanischen-Oesterreichischen vnd Savoischen seits geschwinde Practiken, wider die Evangelischen Religions verwandten obhanden seyen, vnd haben deßwegen zu Eingang deß Einthaußent Sechshundert vnd Eilfften Jars, eine gewüße qualificierte Person in ihrem Costen nach Venedig geschikt, alldorten sich aufzuhalten, der sachen wahr zunemmen, vnd so viel möglich zuentdeken[1]): Die Bestallung beschach von Herren Georg Fridrichen, Margrafen zu Baden vnd Hochberg, einem eyferigen Fürsten, deme der gemeine wolstand hoch angelegen war. Ein Lobl. Herrschafft Bern war auch für Ihr particular nicht außert den sorgen, weil Sauoi seine ansprachen auf das Land Waath offentlich ohne scheuchen nach beharrete: Mitler weil ist in obbemeltem Jar der hievor beschribene leidige sterbent eingerissen; Als derselbig nachgelaßen, hat hochermelter Herr Margraf einen Gesandten nacher Bern geschikt, mit den vornemmsten alldorten conferiert, vnd so viel befunden, daß wolermelte Herrschafft nicht außschlahen wurde, in ein nächere correspondenz mit ihme Margrafen zu mehrer hindertreibung gemeiner Practiken sich einzulaßen: Der anfang aber ward bei Bern gemacht, weil man das vnverdenkliche Exempel hate, das Zürich den Frantzösischen Bundt nit erne[ü]weren wolte, vnd auch keine andere Bündtnußen nit machen, der Eid.en sich vernügende. Jedoch so kam dißer Margräffische Gesandter im Monat Februario diß Sechs Zehen Hundert vnd Zwölfften Jares auch gen Zürich, zulosen, ob Sie nebent Bern zu dißer Correspondenz vnd einer nächeren Verein auch verstehen möchten: Als die sach in verdank genommen ward, verreißt er wider nach Bern, vmb eine offentliche Anwerbung einer

---

[1]) Es war dies Giovanni Battista Calandrino aus Sondrio, ein Vertrauensmann der venezianischen Partei in Graubünden.

Bündtnuß halben zethund, darüber es selbigen Herren alßbalden gefallen, eine Statt Zürich auch ihres theils zuersuchen, vnd Eidgnößisch zubitten, daß sie sich von ihnen nit sönderen, Sonder zugleich samt Ihnen losen wollen, was des Herren Margraffen Vorschleg sein möchten, auf welches man gut und rathsamm befunden, eine Zusammenkunfft der 4. Stätten Ehrengesandten nacher Araw auf den 2. Martij zubeschreiben, sich daselbsten mit einanderen zu vnderreden: Als man nun zusammen kommen, war der Margräfische Gesandte auch verhanden, der vor der gantzen versammlung seinen Fürtrag gethan, vnd gleiches begeren seines Fürsten geoffenbaret hat.

Wiewol nun Hr. Vigier ein Königl.r Frantzös.r Dollmetsch Innammen des Hr.en Frantzöß. Ambaßadoren von Castille sich auch alldort einbefunden, vnd das man sich zu keiner Bündtnuß nicht einlaßen wolte, begert.,

Hat es doch den Herren Abgesandte, vmb allerley vrsachen willen nicht mißfallen, auf ehrliche Conditionen mit ihr Fürstl. Gna. zuhandlen: als die sich, nebent anderem hochweislich erinneret, das weil Herr Margraf der Statt Straßburg, Basel vnd Müllhaußen nicht übel geseßen, er im fahl der noht, so man mit ihme verpündet were, beiden lobl. Stätten wurde einen guten nachbars-dienst erweisen können: wie er dann auch ohne die Bündtnus vor etwas Jaren, domalen beide Stätt auf Straßburg zugezogen, solches getrewlich gethan hate.

Derowegen dann der Gesandte mit willen zuruk gewisen worden, vnd ist bald darauf von dem Herren Margraffen ein Entwurff, auch wiedrumb eine Absendung mit vollmechtigen gewalt ervolget, da zu Zürich vnd Bern außschüß gemachet worden, so nebent dem Margräffischen Gesandten, alldorten vnd anderstwo vom Februario biß auf nechst gefolgten Augustum alles mit reiffem raht solten erdauren. Vnd entlich so viel befunden worden, daß weil diße Bündtnuß ehrlich, loblich vnd allen dreyen hochloblichen Ständen, nutzlich vnd ersprießlich, verhoffentlich sein werde, man sich in Gottes nammen, also, wie geschehen, vnd auch vor den hochen Rähten beider Stätten decretiert, ratificiert vnd beschloßen worden, mit einander verbünden solte: Vnd also lautet das aufgerichtete Bundts Instrument....

II.

Biographie Breitingers.

(Stadtbibliothek Zürich. Ms. B 275. S. 29 f.)

Alß Anno 1610 die Bauren von Gachlingen Im Thaurgöüw........

....

daher Zürich vnd die orth starck gerüst zum krieg, also daß eß by vnßeren gedäncken zu findtlicher that necher nie kommen Ist, Hatend dißer zythen vnd Löüffen vnser Gn. Hn. erfahren, wo sy Inn der noth fründt hetend oder

nicht. Inn dem begibt sich, daß Jörg Friderich Margraaf zu Baden vnd Rötelen, hie zu Zürich liggen hat einen Agenten, der sich anfangs nicht vermercken ließ, sonderen zu Geist vnd wältlichen Herren sein kundschafft Machete, vnd endtlich Anno 1611 zu Bern, vnd nach dem Sterbendt allhie zu Zürich, anfieng sagen, von einer Pündtnuß, weliche diße beide Stet mit synem fürsten machen soltend, Dieß gieng nun langsamm zu, ehe man eß hie gut heißen wöllen. Aber auff ernstliches begehren der Herren von Bern, die vor Saphoy Inn steten gefahren, vnd der tütschen Rüterry Im nothfahl mangel bar warend, kondtend vnßer Gn. Hn. sich von Ihnen nit wol sönderen, sonderlich wyl sich Bern Inn gedachter Gachlingischer vnruw gägen einer Stat Zürich gar trostlich erzeiget hat, So meintend auch vnser Gn. H. Im fahl ein Stat Zürich, mehr mit den orthen Zuthun überkemme, daß wir dan auch frömbd Volck dem vnnützen gsindli vnd Landsknächten, so Inn währendem Gachlangischen Handel zu Rapperschwyl Lachen vnd daselbst umb, auff vnß warten müßen, entgägen setzen, vnd vnsere biderben Lands Lüth biß auff größere noth sparren köntend. Also war Anno 1612. der pundt mit dem Margraffen auff 12 Jahr Lang gericht, geschworen.



Inhaltsübersicht.


BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 21878 1141

